

# metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quitt  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Röderstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelseite:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die „Riesenverdienste“ der Rüstungsarbeiter

In der Unternehmerpresse erscheinen öfters Berichte über die „Verschwendungs sucht“ der Rüstungsarbeiter. Die unglaublichen Vorgänge über Sollgelage, Aufkauf fabelhaft teurer Schmuckstücken usw. werden erzählt. Die „außerordentlich hohen Löhne“ der Arbeiter der Kriegsindustrie seien die Ursache dieser Verschwendungs sucht. So wurde in den letzten Wochen wieder in einem rheinländischen Blatt von einem Pfarrer behauptet, daß er eine Familie kenne, die ein Monatseinkommen von 2000 M habe. Der Zweck solcher Behauptungen ist offensichtlich. Es soll damit die Notwendigkeit der Kürzung der Löhne bewiesen werden.

Wie es nun in Wirklichkeit bezüglich der hohen Verdienste der Rüstungsarbeiter aussieht, beweist die Zusammenstellung der von den betreffenden Ortsverwaltungen geschätzten Durchschnittsverdienste von 769 006 Arbeitern und Arbeiterinnen der Metall- und Rüstungsindustrie, die der Deutsche Metallarbeiter-Verband nach Angaben in den Schlussberichten seiner 1917 durchgeführten Wohlbewegungen festgestellt hat. In dieser Zusammenstellung sind 509 945 Männer und 259 011 Arbeiterinnen, also 769 006 Personen beteiligt.

Um die Höhe der Verdienste dieser Arbeiterguppen für die verschiedenen Landesteile Deutschlands festzustellen, sind die Stunden- und Wochenverdienste der Männer und Frauen nach den im Metallarbeiter-Verband eingeteilten 11 Bezirken zusammengestellt. Die in zwölf Gruppen eingeteilten Stundenverdienste der 509 945 männlichen Arbeiter betragen:

Für 147: bei 40 S., 3001: 40 bis 50 S., 89 949: 50 bis 75 S., 154 980: 75 bis 100 S., 135 730: 100 bis 125 S., 58 814: 125 bis 150 S., 46 098: 150 bis 175 S., 11 001: 175 bis 200 S., 5976: 200 bis 225 S., 3483: 225 bis 250 S., 755: 250 bis 275 S., 11: 275 bis 300 S. Ein Stundenverdienst von 175 S. und darüber ist nur für den 3. Bezirk (Provinz Brandenburg) und den 11. Bezirk (Berlin) ermittelt worden, und zwar für 21 226 Arbeiter. Von diesen sind nur 170 aus dem 3. Bezirk. Alle übrigen sind in Betrieben Berlins beschäftigt. Die große Masse der an dieser Statistik beteiligten Rüstungsarbeiter, 290 710 = über 57 v. H., erreicht Stundenverdienste von 75 bis 125 S., und 93 097 = 18,3 v. H. der Beteiligten verdienen sogar nur zwischen 40 und 75 S. die Stunde.

Wie kann man da angefichts der heutigen Lebensmittel- und Warenpreise von hohen Kriegsöhnen reden! Die wenigen tausend, die 175 S. und darüber die Stunde verdienen, kommen gegen die Massen mit verhältnismäßig niederen Löhnen gar nicht in Betracht, abgesehen davon, daß dieser geringe Teil sich auf einen einzigen Ort (Berlin) beschränkt.

Die folgenden Zahlen geben ein Bild über die hauptsächlich erreichten Verdienste in den einzelnen Bezirken:

Es verdienen die Stunde:		Arbeiter	Beteiligte v. H.
50—100 S	im 2. Bezirk .	35 192	41 267 = 85,2
	= 4 .	52 774	57 207 = 92,2
	= 6 .	35 862	42 219 = 84,4
	= 8 .	5928	7 909 = 74,9
	= 9 .	53 977	84 051 = 64,2
	= 5 .	33 985	44 231 = 76,8
	= 7 .	56 126	89 591 = 62,7
	= 10 .	30 207	31 124 = 96,0
75—125 S	= 3 .	3 787	4 852 = 87,0
	= 1 .	28 606	32 715 = 72,1
	= 11 .	41 366	75 279 = 58,9

Am schlechtesten entlohnt sind nach diesen Feststellungen die Rüstungsarbeiter in Schlesien (2. Bezirk), im Königreich Sachsen (4. Bezirk), in Schleswig-Holstein, Oldenburg, Friesland, den Hansestädten (6. Bezirk) und in Südwesdeutschland (8. und 9. Bezirk). 183 533 Beteiligte, das sind 78,9 v. H. der Gesamtbevölkerung aus diesen Bezirken, erreichen Stundenverdienste zwischen 50 und 100 S. Dann folgen der 5. Bezirk (Mitteldeutschland), der 7. Bezirk (Rheinland-Westfalen) und der 10. Bezirk (Bayern), wo die Mehrheit der aus diesen Bezirken Beteiligten zwischen 75 und 125 S. die Stunde verdient. Von 259 061 Arbeiterinnen, die an der Statistik beteiligt sind, erreichen Stundenverdienste: 3753: 20 bis 25 S., 11 729: 25 bis 30 S., 9189: 30 bis 35 S., 15 881: 35 bis 40 S., 25 360: 40 bis 45 S., 33 551: 45 bis 50 S., 28 113: 50 bis 55 S., 14 151: 55 bis 60 S., 76 715: 60 bis 75 S., 9165: 75 bis 90 S., 30 695: 90 bis 100 S., 759: 100 bis 125 S.

Es arbeiten also noch 40 552 Arbeiterinnen der Rüstungsindustrie, soweit sie an dieser Erhebung beteiligt sind, zu Stundenlöhnen zwischen 20 und 40 S. Wie diese Frauen und Mädchen bei den jetzigen Teuerungspreisen mit solchen Löhnen ihr Dasein fristen, ist rätselhaft. Auch die Verdienste der Mittelgruppe, die die Stundenverdienste zwischen 40 und 60 S. umfaßt, an der 101 175 Arbeiterinnen teilnehmen, sind durchaus unzureichend. Die dritte Gruppe mit Verdiensten von 60 bis 125 S. die Stunde zählt 117 331 Arbeiterinnen. Von diesen arbeiten 87 042 in Groß-Berlin, und nur der kleinste Teil dieser Gruppe mit halbwegen auskömmlichen Verdiensten ist auf die Betriebe im ganzen Reich verteilt. Die Kasse der Arbeiterinnen mit niedrigen Verdiensten befindet sich, wie das schon für die männlichen Arbeiter festgestellt wurde, im 2., 4. und 9. Bezirk. Diese Zahlen zeigen deutlich, in welchen Landesteilen die Löhne der Arbeiterinnen dringend der Erhöhung bedürfen.

Wochenverdienste sind für die 509 945 männlichen Personen in folgender Höhe festgestellt worden: 1: 18 M., 112: 18 bis 25 M., 2668: 25 bis 30 M., 21 671: 30 bis 35 M., 23 733: 35 bis 40 M., 57 864: 40 bis 45 M., 52 428: 45 bis 50 M., 110 474: 50 bis 60 M., 113 609: 60 bis 75 M., 113 956: 75 bis 100 M., 10 426: 100 bis 125 M., 3003: über 125 M. Auch hier zeigt sich wieder das gleiche Bild. Die Mehrheit der Arbeiter mit Verdiensten über 75 M. die Woche arbeitet in Berlin. Von 127 385 Beteiligten, die einen Wochenverdienst von über 75 M. erzielen, sind 64 286, das ist über die Hälfte in Betrieben von Groß-Berlin beschäftigt. Ein ganz geringer Teil, 2,6 v. H. oder 13 429 der Beteiligten, erreicht Wochenverdienste von über 100 M. Dagegen wurden 158 477 Arbeiter mit

Wochenverdiensten unter 50 M. gezählt. Verdienste von 50 bis 75 M. die Woche sind für 224 083 = 43,9 v. H. männliche Arbeiter festgestellt worden.

Gegenüber den Stundenverdiensten sind die Wochenverdienste in einzelnen Bezirken etwas höher. Das erklärt sich daraus, daß diese höheren Wochenverdienste nur durch Überstunden, Nach- und Sonntagsarbeit, für die besondere Zusätze bezahlt werden, erreicht werden sind. Die folgende Auflistung zeigt recht anschaulich die ungleiche Höhe der Wochenverdienste in den einzelnen Bezirken. Es verdienen die Woche:

Bezirk	unter 50 M		50 bis 75 M		75 bis 100 M		über 100 M	
	Beteiligte	v. H.	Beteiligte	v. H.	Beteiligte	v. H.	Beteiligte	v. H.
1.	4154	12,7	11 286	34,5	17 275	52,8	—	—
2.	27 468	66,6	13 799	33,4	—	—	—	—
3.	1291	29,7	1 958	44,8	1 056	24,2	52	1,3
4.	43 718	76,4	20 098	21,1	1 191	2,1	200	0,3
5.	10 207	28,1	30 141	68,1	3 883	8,8	—	—
6.	15 319	36,3	26 018	61,6	887	2,1	—	—
7.	18 922	21,1	4 318	48,4	2 751	30,5	—	—
8.	4 715	59,6	2 257	28,5	937	11,9	—	—
9.	30 593	36,4	4 357	51,8	9 883	11,7	—	—
10.	1 458	4,7	29 282	94,0	384	1,3	—	—
11.	632	1,0	10 361	13,7	5 1109	67,8	13 177	17,5
Zusammen	158 477	31,1	224 083	43,9	118 958	22,4	18 429	2,6

Im zweiten und vierten Bezirk findet sich eine ungewöhnlich große Zahl Arbeiter mit niedrigen Wochenverdiensten. 43 718 = 76,4 v. H. der Beteiligten aus dem vierten Bezirk haben Wochenverdienste von weniger als 50 M. Das sind bei den zurzeit herrschenden Leuerungsverhältnissen Verdienste, mit denen unmöglich eine Arbeiterfamilie ihr Auskommen finden kann, wo allein schon für Lebensmittel nach der Calwerischen Berechnung für März 1918 wöchentlich 57 M. notwendig sind. Neben dem 11. Bezirk werden die höchsten Wochenverdienste im 1. und 7. Bezirk erzielt. Die meisten der an diesen höheren Wochenverdiensten beteiligten Arbeiter sind solche von herausragender Geschicklichkeit.

Die Wochenverdienste für 259 061 beteiligte Arbeiterrinnen betragen in den folgenden Zahlen: Für 3764: 12 bis 15 M., 13 031: 15 bis 18 M., 6995: 18 bis 20 M., 13 513: 20 bis 22,50 M., 17 463: 22,50 bis 25 M., 48 729: 25 bis 30 M., 28 851: 30 bis 35 M., 51 164: 35 bis 40 M., 53 882: 40 bis 45 M., 15 628: 45 bis 50 M., 5517: 50 bis 60 M., 524: über 60 M. Demnach verdienen:

bis 20 M.	23 790	Arbeiterinnen = 9,2 v. H.
= 30 =	7 975	= 30,8 =
= 40 =	8 0015	= 30,9 =
= 50 =	6 9510	= 26,8 =
über 60 =	6 041	= 2,3 =

Nur im 1., 7. und 11. Bezirk ist eine größere Zahl Arbeiterrinnen beteiligt mit Wochenverdiensten von 50 M. und darüber. In allen übrigen Bezirken bleiben die Wochenverdienste der Arbeiterrinnen unter 50 M.

Leiderfalls zeigen diese Zahlen, was von den „hohen Löhnen“ der Rüstungsarbeiter zu halten ist. Im Verhältnis zur heutigen Teuerung sind die höchsten Verdienste gar nicht hoch und reichen nur zur Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse aus. Die große Masse der Rüstungsarbeiter arbeitet, wie diese Feststellungen beweisen, zu unzureichenden Verdiensten. Gestellt wurden diese Verdienste durchweg für Arbeiter in Betrieben mit gut organisierter Arbeiterschaft. Denn nur in diesen war es möglich, Lohnbewegungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Es handelt sich also gewissermaßen um die Elite der Rüstungsarbeiter. In schlecht organisierten Betrieben sind die Verdienste naturgemäß viel ungünstiger. Unter solchen Umständen arbeitet heute schon das Unternehmertum und seine Presse ständig an dem Abbau der Löhne. Anstatt Abbau ist weitere Erhöhung der Verdienste notwendig, wenn die jetzige Teuerung bleibt oder gar weiter steigen sollte. Lediglich gibt die Zusammenstellung der Verdienste von über drei Viertel Millionen Rüstungsarbeiter eher ein Bild von den „Riesenverdiensten“ der Rüstungsarbeiter, als die Räuber gesichtigen über die Verschwendungs sucht derselben in der Unternehmenspreise.

Im Gegensatz zu den Nebentreibungen der Unternehmerpreise nimmt das Kriegsnahrungsgesamt in einer Tabelle „Ist die behördliche Ernährungsregelung notwendig?“ einen recht vernünftigen Standpunkt zur Frage der hohen Löhne ein, der hier wiedergegeben sei. Es heißt in diesem Gesetz: „Die Kriegsnahrungsgesamt ist in einem solchen Verhältnis zu den anderen Lebensmitteln zu halten, daß die Ernährung der Bevölkerung, die entweder technisch nach bestimpter Seite hin besonders qualifiziert sind oder ganz besonders aufreibende Arbeiten zu leisten haben, und für die der hoch angestiegene Lohn nichts anderes als ein Anteil sein soll, um für diese Arbeiten überhaupt Kräfte heranzuziehen.“

Aber die hohen Löhne — höre ich fragen. Nach in diesem Punkt ist das allgemeine Urteil noch zu sehr an einzelnen und zu meist falsch gelegenen Punkten hängen geblieben. Gewiß, es gibt einen Bestandteil der deutschen Kriegsarbeiter, der jetzt hohe, ja sogar sehr hoch angestiegene Löhne bezieht. Aber diese Schicht ist schnell und umfangreich in der Hauptstadt nur diejenigen Teile der Arbeitsbevölkerung, die entweder technisch nach bestimpter Seite hin besonders qualifiziert sind oder ganz besonders aufreibende Arbeiten zu leisten haben, und für die der hoch angestiegene Lohn nichts anderes als ein Anteil sein soll, um für diese Arbeiten überhaupt Kräfte heranzuziehen. Aber daneben gibt es, abgesehen von dem großen Heer der Beamten und Angestellten, die zu ihrem Friedenseinkommen nur knapp bemessene Kriegszuschläge haben, viele Millionen angestellte beschäftigte Industriearbeiter, deren Lohnneinkommen nicht sehr weit über das Friedensmaß erhebt und vor allem der Steigerung der Lebens- und Nahrungsstoffen in keiner Weise gefolgt ist. Hiergegen beweisen Einzel- und Sonderfälle nicht viel, wie z. B. die Erhöhung, wonach in besonders günstigen Fällen aus dem Lohn von Vater, Mutter und mehreren in hoch bezahlter Kriegsarbeit beschäftigten Kindern ein hoher Familieneinkommen der Familie sich berechnet. Das sind nur selte Ausnahmefälle, die sich überdies nur auf einzelne Orte mit ganz bestimmten Fabrikationszweigen beziehen. Ebenso

ist es auch mit den Löhnern der Jugendlichen. Ganz abgesehen davon, daß auch deren Höhe infolge einzelner besonders hoher Löhne im allgemeinen sehr überschätzt wird, darf man nicht vergessen, daß dieses Einkommen der Jugendlichen in sehr vielen Fällen heute der Untergang für die Existenz der gesamten Familie ist. Es ist infolgedessen ein höherer Durchschnitt durchaus anders zu beurteilen, als das in Friedenszeiten der Fall gewesen ist.“

Diese Beurteilung der h

Gegenwärtig hat sich das Kriegsgeschäft nicht minder für die Oberschlesische Eisenindustrie-A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb (Stz Gleiwitz) erwiesen. Vor dem Kriege ist die Gesellschaft jahrelang dividendenlos geblieben, nur selten wurde eine Dividendenauschüttung von  $1\frac{1}{2}$  oder 3 v. H. vorgenommen. Der Krieg brachte ein sprunghafte Hinaufschreiten der Dividende für das Jahr 1915 bereits auf 6 und für das Jahr 1916 auf 10 v. H. und im verlorenen Geschäftsjahr auf 14 v. H. Die drei letzten Kriegsjahre brachten den Aktionären zusammen 30 v. H. Gewinnanteile ein. Die Werte waren — nach dem Geschäftsjahr für 1917 — auch im abgelaufenen Jahre in allen Betrieben „sehr stark beschäftigt“. Der Hochofenbetrieb der Zulienhütte (in Bobrek) mit 9500 Dofen nahm im allgemeinen einen störungsfreien ununterbrochenen Verlauf. Die Nachfrage nach Kohleisen war unverändert stark. Im Stahlwerk Zulienhütte wurde laufend sechs im Martinwerk Baibonhütte (bei Kattowitz) zwei Martinöfen betrieben; der Bau eines weiteren Martinofens in Baibonhütte ist nahezu vollendet, sodass der Ofen demnächst in Betrieb kommen wird. Der andauernd hohe Bedarf, in erster Linie für Kriegszwecke, erfordert weitere „die höchste Anspannung aller Betriebe“. Die im Vorjahr eingetretene überaus starke Abmilderung der Betriebsbeschränkungen nahm ihren Fortgang. Die Erzförderungsanlage in Bibiella ist am 22. Juni 1917 infolge sehr starken Wassereintrags ersoffen. Dadurch entstand ein Verlust von 545 314 M. Der Umsatz an Fertigfabrikaten (Drahtwaren, Stahl, Werkzeugen usw.) betrug im Berichtsjahr 118 664 786 M gegen 72 069 566 M im Vorjahr und 47 746 787 M im Jahre 1915. In diesen Zahlen spiegelt sich der glänzende Geschäftsgang des Kriegsjahrs bei lehrenden Preisen wieder. Die Gesellschaft beschäftigte auf ihren Werken im Berichtsjahr durchschnittlich 10 237 Arbeiter (im Vorjahr 9338 und 8411 im Jahre 1915). Der Abschuss für das Geschäftsjahr 1917 hat einen Höchstwert des Gesamtunternehmens in Höhe von 12 554 444 M ergeben (gegen 9 426 247 M im Vorjahr, 5 048 613 M im Jahre 1915 und 2 962 196 M im Jahre 1914). Vom Umlagen-Konto wurden 5 Millionen Mark abgeführt (gegen 4 Millionen Mark im Vorjahr und 3 Millionen Mark im Jahre 1915). Der Reinewinn beläuft sich auf 5 005 116 M (gegen 3 591 754 M im Vorjahr und 2 048 613 M im Jahre 1915). Der statutenmäßige Gewinnanteil für den Aufsichtsrat beträgt 188 297 M (gegen 112 021 M im Vorjahr). Auf neue Rechnung wurden 646 818 M (gegen 544 114 M im Jahre zuvor) vorgetragen. Die Gesellschaft arbeitet mit einem Aktienkapital von 28 Millionen Mark. Über die jetzige Geschäftslage der Aktiengesellschaft berichtete der Generaldirektor Buderland in der am 30. Mai d. J. zu Gleiwitz abgehaltenen Generalversammlung, dass „der enorm starke Beschäftigungsgrad, den die Werte schon seit längerer Zeit haben, unverzehrt anhält“.

Die der Oberschlesischen Eisenindustrie-Gesellschaft nahestehende Eisenhütte Silesia, A.-G. in Paruszowitz (bei Rybnik) hat bei einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark ihre Umsätze an verkauften Waren von 19 399 580 M im Vorjahr auf 30 192 638 M im Berichtsjahr erhöht (gegen 11 03 Millionen Mark im Jahre 1915). Die Gesellschaft hat also ihr Aktienkapital dreimal umgestellt. Der Rohgewinn des Gesamtunternehmens einschließlich Vortrag steigerte sich auf 4 150 295 M (gegen 3,49 Millionen Mark im Vorjahr, 1,38 Millionen Mark im Jahre 1915 und 683 700 M im Jahre 1914). Die Abschreibungen auf Anlage und Gerüte bewegten sich mit 1 341 574 M fast auf der Höhe des Vorjahrs (1 319 996 M). Als Reinewinn verzeichneten 2 808 720 M (gegen 2 244 454 M im Jahre zuvor und 858 200 M im Jahre 1915). Die Aktionäre streichen an Dividende 21 v. H., 2 100 000 M ein (gegen 18 v. H. im Vorjahr und 7 v. H. im Jahre 1915), der Aufsichtsrat an festsitzende gemäßiger Bezahlung 147 525 M. Die drei letzten Kriegsjahre brachten den Aktionären zusammen 46 v. H. Dividende ein. Was die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr betrifft, so liegt weiterhin „reiche Beschäftigung“ für alle Betriebsteile vor, so dass sich die Umsätze in diesem Jahre kaum verteuern dürften und ein günstiges Ergebnis zu erwarten sei. Soll der Verhörfürer des Generaldirektors Baudler sei bei dem Übergang zur Friedenswirtschaft „ein Mangel an Rohmaterialien nicht zu befürchten“.

Dem Geschäftsjahr der Donnersmarthütte, Oberschlesische Eisen- und Stahlwerke A.-G. (Stz Hindenburg), ist zu entnehmen, dass die Gesellschaft durch den Verlust der Beteiligung an der Salzgitter-Bergwerksgesellschaft nachhaltigen Nutzen erzielt hat, aus dem die Aktionäre eine besondere Vergütung von 4 v. H. auf ihre Aktien erhalten, außer der Dividende von 18 v. H., wie in den beiden letzten Jahren. Sämtliche Betriebsbeschränkungen hätten seit Ausbruch des Krieges unter Blaustahl an Hartung und Betriebsmittel zu leiden, so dass nach dem Kriege große Summen für deren Wiederherstellung, Verbesserung und Erneuerung auswendig werden würden. Der Rohgewinn in jüngstem Vortrag stellt sich auf 7 633 257 M (gegen 6 303 382 M im Vorjahr), die Abschreibungen mit 2,4 Millionen Mark bewegen sich auf der Höhe des Vorjahrs, der Reinewinn verbleiben 5 333 258 M (gegen 3 996 937 M im Vorjahr, 3 750 678 M im Jahre 1915 und 2 128 615 M im Jahre 1914). Für die zweijährige Periode 1914 bis 1918 bestehen die Aktionäre zusammen 70 v. H. an Dividende, über zwei Drittel des Aktienkapitals von 15 138 000 M. Über die Geschäftslage berichtete in der Generalversammlung am 31. Mai der Generaldirektor Höfgejand, dass der Geschäftsgang im laufenden Jahre „bis jetzt befriedigend sei, weitere Ausschauungen über die Zukunft ließen bis angehend der bekannten Verhältnisse nicht mehr“.

Die Schlesische A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb (in Lippe) blieb ebenfalls auf ein sehr plumpes Ergebnis zurück. Das Aktienkapital beträgt weiterhin 27 279 000 M. Es wurde ein Rohgewinn von 16 055 43 M erzielt (gegen 12,33 Millionen Mark im Vorjahr und 10,19 Millionen Mark im Jahre 1915). Der größte Teil des Gewinns mit 10 726 570 M (gegen 10 073 829 M im Vorjahr und 8,33 Millionen Mark im Jahre 1915), wurde der Ressortminister. Die Ressortaufzehrung ergibt gegen das Vorjahr eine Erhöhung. Die im Rohstoffhandel verbleibenden Ressortabreite der Ressortministerie werden infolge der weitestgehend geschwundenen Schließungen für Rohstoffe erhöht. Die reale Gewinnung des Staates als Ertrag für andere Staaten hätte eine beträchtliche Auswirkung nachfolgen. Die Schlesischen liegen die Verhältnisse hinsichtlich Erzeugung und Absatz nun wieder in der gleichen Stellung wie im Vorjahr mit 4 Millionen Mark leichter bemessen. Außerdem sind zwar insgleichs der durch den Krieg und die letzte Überprüfung in die Ressortministerie benötigten Veränderungen 3 Millionen Mark zurückgestellt worden. Der Reinewinn soll sich auf 11 653 224 M (gegen 7 127 876 M im Vorjahr, 4,51 Millionen Mark im Jahre 1915 und 2,88 Millionen Mark im Jahre 1914). Die Aktionäre erhalten an Dividende 20 v. H. (gegen 18, 15 und 10 v. H. in den drei Vorjahren), der Aufsichtsrat ein Quartier 326 564 M. Die rückläufigen Gewinnanteile der Aktionäre könnten Standort und 4631 922 M ausgetragen (gegen 2 842 924 M im Vorjahr). Es sei im Zusammenhang damit zu bemerken, dass eine der tragischen Bedeutungen an der Schlesischen, und zwar nominell 649 500 M Stammbasis und

nominell 121 500 M Prioritätsaktien auf Anordnung der Regierung liquidiert worden ist. Den Zusatz erhielt dabei das Höchstgebot der Dresdner Bank, das auf 345 v. H. lautete (Steuerkurs 290 v. H. 1913: 362 v. H.). Über die gegenwärtige Geschäftslage machte der Vorstand in der am 14. Mai abgehaltenen Generalversammlung folgende Mitteilungen:

„Die Betriebe der Gesellschaft konnten seither in ihrer Leistungsfähigkeit aufrecht erhalten werden, wenn auch die Schwierigkeiten in der Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte und Betriebsmaterialien bestehen blieben und sich mit der Dauer des Krieges verschärften. Die Herstellungskosten zeigen für alle Erzeugnisse des Bergwerks und Hüttenbetriebes eine anhaltende Aufwärtsbewegung, die noch nicht abgeschlossen sein dürfte, da bei langerem Dauer des Krieges mit einer weiteren Steigerung der Preise für die Betriebsmaterialien und die Arbeiterlöhne gerechnet werden muss. Die Preise für die Erzeugnisse der Gesellschaft konnten nur teilweise den höheren Selbstkosten angepasst werden. Diese Anpassung bleibt namentlich nachzuholen hinsichtlich der Kohlenpreise und der Preise für Schwefelsäure. Da sämtliche Erzeugnisse der Gesellschaft weiter stark begehrt werden, dürften dem Absatz, abgesehen von Zeiten unzureichender Eisenbahnbewegung, keine Schwierigkeiten entstehen. Über die zu gewärtigenden Erträge lassen sich zurzeit nähere Angaben nicht machen.“

Die auch in den Mitteilungen der anderen oberschlesischen Montanaktiengesellschaften vorkommenen Klagen über angeblich zu niedrige Preise der Montanerzeugnisse, die den höheren Selbstkosten nicht genügend angepasst seien, sind jedenfalls nicht allgemein zu nehmen, die erzielten Gewinne wachsen ja trotzdem von Jahr zu Jahr gewaltig in die Höhe und gewähren den Aktionären immer glänzendere Gewinne.

Faßt man die Ergebnisse der besprochenen Aktiengesellschaften zusammen, so ergibt sich für das abgelaufene Geschäftsjahr 1917 folgendes glänzende Bild (in 1000 M):

Aktien- kapital	Roh- stoff- überbr. ungen	Abf. - Rein- gewinn	Dividende v. H.
48 000	33 700	15 157	18 151 9 600 20
28 000	12 554	5 000	5 005 3 920 14
10 000	4 150	1 342	2 809 2 100 21
15 138	7 633	2 400	5 333 3 330 22
27 279	16 086	4 000	11 059 5 456 20
Zusammen	128 417	27 899	42 357 24 406
Im Jahre 1916 . . .	128 417	21 149	27 206 19 495
= 1915 . . .	128 417	36 181	17 548 13 997

Ein rechtlich über alle Maßen glänzendes Ergebnis im Kriegsjahr 1917 für das oberschlesische Montanwerk, das um so mehr hervortritt, wenn man es mit den Ergebnissen der beiden Vorjahre vergleicht. In Hundertteilen des Aktienkapitals ausgedrückt, haben in den drei Jahren für die obigen Gesellschaften zusammen betragen:

	1915	1916	1917
der Rohüberschuss . . .	28,2	48,0	57,7
die Abschreibungen . . .	12,4	16,4	21,7
der Reinewinn . . .	13,6	21,2	32,9
die Dividende . . .	10,9	15,1	19,0

Für das Kapital stellt sich also der Krieg als ein ungemein einträgliches Geschäft dar. Die Herren Aktionäre sind immer reichlich auf ihre Kosten gekommen, besser als die Arbeiter der oberschlesischen Montanwerke. Sie haben aber auch den Wert der Organisation besser erkannt als diese, was zur Folge hat, dass sie auch besser führen. Die Aktionäre sind in der Lage, allen Kriegsbedürfnissen die Stirn zu bieten und sie zu ertragen, sie brauchen sich keinerlei Beschränkungen anzuhören; dann der gegenwärtigen Kriegsgeschäftslage haben sie Geld in Hülle und Fülle zur Verfügung.

Wie ergibt es aber der oberschlesischen Montanarbeiterfahrt? Ihre wirtschaftliche Lage wird mit jedem weiteren Kriegsjahr immer schwächer. Es ist nicht zu leugnen: die Löhne sind um ein bedeutendes gesunken. Sämtlicher wieder sind im abgelaufenen Jahre die maßgebenden Verträge der oberschlesischen Hüttenarbeiter, geprägt auf ihre gewerkschaftliche Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, an die Verhältnisse der Betriebe mit Lohnforderungen herangetreten und nicht ohne Erfolg. Die geprägten Löhne sind aber trotzdem ungereicht, um die ungeheure verteuerten Preise der Lebensmittel und aller Bedarfsgegenstände ausgleichen zu können. Gegen der Folgen des Krieges ergibt es ihnen nicht besser, sondern schwächer als vor dem Krieg. Einträglich und erträglich ist der Krieg eben nur für die Kapitalmünzreicher. Will die oberschlesische Hüttenarbeiterfahrt nicht noch mehr verlieren, muss sie den Kriegsjahren auf wirtschaftlichem Gebiet durch Zusammenführung ihrer Einzelkräfte in ihrer beruflichen Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, noch nachhaltiger als im abgelaufenen Jahre widerstehen.

Hüttenarbeiter Oberschlesiens! Beherrsch die Lösung: alle Mann hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

organisiert hinaus ins Feld und kommen im Alter von 22 bis 24 Jahren ebenso wieder zurück. Zu oft geworden, einst anbergen, der Beruf zu erlernen, werden sie versuchen, ihre alte Freizeit in der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Klimbvermögens, umfangreicher, handwerklicher, sportlicher, künstlerischer und sozialer Tätigkeiten zu widmen und uns dort entsprechend wird. ist auch. Auch heute noch sind unsere Gehörten für die älteren Jahrgänge der Hüttenarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeiterfahrt, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Diese in die Kriegsindustrie hineingezogene Jugend heute schon der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Klimbvermögens, umfangreicher, handwerklicher, sportlicher, künstlerischer und sozialer Tätigkeiten zu widmen und uns dort entsprechend wird auch. Auch heute noch sind unsere Gehörten für die älteren Jahrgänge der Hüttenarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeiterfahrt, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Diese ist die in die Kriegsindustrie hineingezogene Jugend heute schon der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Klimbvermögens, umfangreicher, handwerklicher, sportlicher, künstlerischer und sozialer Tätigkeiten zu widmen und uns dort entsprechend wird auch. Auch heute noch sind unsere Gehörten für die älteren Jahrgänge der Hüttenarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeiterfahrt, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Diese ist die in die Kriegsindustrie hineingezogene Jugend heute schon der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Klimbvermögens, umfangreicher, handwerklicher, sportlicher, künstlerischer und sozialer Tätigkeiten zu widmen und uns dort entsprechend wird auch. Auch heute noch sind unsere Gehörten für die älteren Jahrgänge der Hüttenarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeiterfahrt, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Diese ist die in die Kriegsindustrie hineingezogene Jugend heute schon der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Klimbvermögens, umfangreicher, handwerklicher, sportlicher, künstlerischer und sozialer Tätigkeiten zu widmen und uns dort entsprechend wird auch. Auch heute noch sind unsere Gehörten für die älteren Jahrgänge der Hüttenarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeiterfahrt, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Diese ist die in die Kriegsindustrie hineingezogene Jugend heute schon der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Klimbvermögens, umfangreicher, handwerklicher, sportlicher, künstlerischer und sozialer Tätigkeiten zu widmen und uns dort entsprechend wird auch. Auch heute noch sind unsere Gehörten für die älteren Jahrgänge der Hüttenarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeiterfahrt, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Diese ist die in die Kriegsindustrie hineingezogene Jugend heute schon der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Klimbvermögens, umfangreicher, handwerklicher, sportlicher, künstlerischer und sozialer Tätigkeiten zu widmen und uns dort entsprechend wird auch. Auch heute noch sind unsere Gehörten für die älteren Jahrgänge der Hüttenarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeiterfahrt, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Diese ist die in die Kriegsindustrie hineingezogene Jugend heute schon der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Klimbvermögens, umfangreicher, handwerklicher, sportlicher, künstlerischer und sozialer Tätigkeiten zu widmen und uns dort entsprechend wird auch. Auch heute noch sind unsere Gehörten für die älteren Jahrgänge der Hüttenarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeiterfahrt, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Diese ist die in die Kriegsindustrie hineingezogene Jugend heute schon der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Klimbvermögens, umfangreicher, handwerklicher, sportlicher, künstlerischer und sozialer Tätigkeiten zu widmen und uns dort entsprechend wird auch. Auch heute noch sind unsere Gehörten für die älteren Jahrgänge der Hüttenarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeiterfahrt, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Diese ist die in die Kriegsindustrie hineingezogene Jugend heute schon der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Klimbvermögens, umfangreicher, handwerklicher, sportlicher, künstlerischer und sozialer Tätigkeiten zu widmen und uns dort entsprechend wird auch. Auch heute noch sind unsere Gehörten für die älteren Jahrgänge der Hüttenarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeiterfahrt, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Diese ist die in die Kriegsindustrie hineingezogene Jugend heute schon der Jugendstufe auszuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren

## Unser Verband in der 206. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 206. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Spremberg, Gotha, Mühlhausen i. Thür., Schmalzalben, Heide und Wedel-Schulau.

**Übersicht über die Zeit vom 7. bis zum 18. Juli 1918.**

Zeit	Verwaltungen berichtet jetzt nein	Mitglieder- mitglieder- anzahl zu Anfang der Woche*	Daten vor Heer ent- taffen	Mit- glieder- abgang über- haupt	Davon zum Heer einge- zozen	Mit- glieder- zahl am Schluss der Woche	Davon ar- beits- los	Bem- erkung der Arbeits- losen- zunahme	Aus- gaben für Arbeits- losen- zunahme
1.	31	—	11599	19	166	60	11433	1	0,01
2.	32	—	15496	7	88	47	15348	18	0,08
3.	32	1	11416	5	112	31	11304	15	0,13
4.	50	—	51314	53	345	138	50969	58	0,11
5.	76	3	39828	60	625	462	39203	17	0,04
6.	40	2	41585	56	256	86	41279	81	0,20
7.	31	—	74927	47	642	203	73585	6	0,01
8.	29	—	29713	24	281	94	29492	2	0,01
9.	49	—	54566	72	635	172	53981	15	0,03
10.	37	—	36124	27	246	86	35878	16	0,04
11.	1	—	69915	61	163	163	69747	180	0,26
Zu	411	6	435673	481	3564	1553	432109	404	0,09
									1456

\* Einflußlich der im Laufe der Woche Bugeketten, Neuaufgenommenen und vom Feuer Entlassenen.

In der Berichtswoche wurden (außer Berlin) 2972 neue Mitglieder aufgenommen. 1122 Mitglieder wurden mehr zum Heer eingezogen als entlassen.

11860 Mitglieder = 2,74 v. H. waren frank gemeldet, an die 65608 M Unterstützung ausbezahlt wurden.

Seit Kriegsbeginn ist ein so hoher Krankenstand weder der Zahl noch, noch nach deren Verhältnisse zur Mitgliederzahl jemals zu verzeichnen gewesen, während die Zahl der Arbeitslosen zwar nicht der Zahl nach, aber in ihrem Verhältnis zur Mitgliederzahl den niedrigsten Stand erreicht hat.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Fertümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 4. August der 32. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. August 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Vertragsklasse:			Beginn der Beitragsverhöhung
	I	II	III	
Hall.	10	10	5	1. August.
Kassel	20	15	15	36. Beitragswoche.
Meerane	10	10	5	1. August.
Mülheim-Kärlich	30	15	10	1.
Rohrwein	10	10	—	40. Beitragswoche.
Striegan	10	10	—	32.

Für die Mitglieder der Verwaltung Jherlohn ein einmaliger Extrabeitrag von 50 g.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Bestellungen auf die Gewerkschaftliche Frauenzeitung sind nur an den Vorstand zu richten, nicht wie es vielfach geschieht, an die Expeditionen der Metallarbeiter-Zeitung.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

## Berichte

### Metallarbeiter.

Dessau. Die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle, die am 12. Juli im „Tivoli“ tagte, war so zahlreich besucht, daß sich der Versammlungsraum als zu klein erwies. Aus dem Geschäftsbericht den Kollegen Fischer erstattete, war zu entnehmen, daß die Entwicklung der Organisation im letzten Jahre ein günstige gewesen ist. Die Mitgliederzahl wächst ständig. Das Wachstum des Verbandes kann aber noch bedeutend gefördert werden, wenn alle Mitglieder in kräftiger Weise für ihre Organisation wirken. Der Bestand der Totalfass ist ein guter. Die Einberufungen zum Dienstleist sind immer noch an. Am 2. Quartalsjahr 1918 sind nicht weniger als 104 Kollegen eingezogen worden. Eine Aussprache über den Geschäftsbericht wurde nicht beliebt. — Dann hießt an Stelle des verhinderten Geschäfts-führers Adolf Cohen (Berlin) der Kollege Fischer einen Vortrag über die Arbeitsverhältnisse in der hiesigen Metallindustrie. Redner schätzte die Erregung, die in den Kreisen der Metallarbeiter darüber entstanden sei, daß die Dessauer Metallindustriellen ausgerechnet jetzt den Zeitpunkt für geeignet hielten, die Arbeitslöhne abzubauen. Alle Behörden, vom Generalkommando bis zu den Kommunalaufverwaltungen, seien bemüht, die gute Stimmung in den Arbeiterkreisen hochzuhalten. Dagegen seien die hiesigen Unternehmer auf dem besten Wege, durch ihr vorherrschendes Vorgehen in der Lohnfrage die Arbeiter zu verbittern. Eingaben der Arbeiterausländer würden einfach nicht beachtet. Die Metallarbeiter hätten allen Anlaß, sich gegen die offenen und verschleierte Lohnkürzungen zu wenden. Das Bestreben der Unternehmer, den ordentlichen Lohn herabzufesten und dafür eine sogenannte „Funktionszulage“ zu gewähren, müsse unter allen Umständen bekämpft werden. Die sogenannte „Funktionszulage“ würde über kurz oder lang wieder abgezogen und den Arbeitern verbleibe der herabgesetzte Lohn. Den besten Saus gegen diese arbeiterfeindlichen Bestrebungen hätten die Metallarbeiter in ihrer Verbandsorganisation, die ständig bemüht sei, die selbststänigen Maßnahmen der Unternehmer zu durchkreuzen und die Sache der Arbeiter in wirtschaftlicher Weise zu fördern. Deshalb sei es Pflicht eines jeden organisierten Metallarbeiters, ständig mit aller Kraft Mitglieder für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu werden. — In der Aussprache waren alle Redner mit den Ausführungen Fischers einverstanden. Sie erklärten sich bereit, kräftig für die Verbandsorganisation zu wirken. Denn wurden noch zwei Erfahrungen für die Ortsverwaltung vor genommen. Gewählt wurden die Kollegen Heinrich Wolter und Otto Süddite.

Leipzig. In der Generalversammlung am 10. Juli gab Kollege Ettem im den Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im zweiten Quartalsjahr 1918. Es wurden 109 492 Märteln gezogen 102 206 im ersten Quartalsjahr ausgezahlt, ein Mehr von 7286. Die Mitglieder bewegung zeigte folgendes Bild: Eingeretzen sind 1187, vom Militär zurück 183, abgereist 117, zusammen 1492 Mitglieder. Ausgeschieden 624, zum Militär 645, abgereist 76 und gestorben 55, also ein Abgang von zusammen 1381 Mitgliedern, sodass eine Zunahme von

111 Mitgliedern im zweiten Quartalsjahr zu verzeichnen ist. Ein Zeichen des Verfalls der Arbeiterschaft durch die lange Dauer des Krieges ist das gewaltige Abschneiden des Rentengeldes. Es wurden im zweiten Quartalsjahr 15 758 M gegen 11 811 M im ersten Quartalsjahr ausgezahlt; bei dem fortwährenden Steigen der Rentenlast, wie sie Ende des Quartalsjahrs sich zeigte, ist auch für die Zukunft noch mit einer viel stärkeren Zunahme dieser Ausgaben zu rechnen. Für annähernd 2700 Arbeiter sind durch Verhandlungen Lohnzulagen von durchschnittlich 11 M die Stunde, zusammen rund 15 000 M für die Woche erzielt worden. In einem Betrieb wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 8½ Stunden mit Lohnausgleich erzielt. Auf eine im Frühjahr 1917 bei der Amtshauptmannschaft eingereichte Beschwerde gegen die Firma W. v. Pittler ist jetzt endlich verfügt worden, daß bei dieser Firma die Wahl eines Arbeiterausschusses nach dem Sollabientgesetz vorzunehmen ist. In einigen anderen Betrieben wurde gegen die Art und Weise Be schwerde geführt, in der dort für die Gründung von Werkvereinen und die bevorzugung von deren Mitgliedern agitiert wurde. Die Beschwerden wurden als berechtigt anerkannt. Die Volksfürsorge er sucht die Kollegen durch die Ortsverwaltung, etwas mehr Propaganda für die Volksfürsorge zu treiben. Bei der Fürsorge sind 40 000 Anträge eingegangen, während die Wiltoria immer noch 240 000 Anträge zu verzeichnen hat. Ein Zeichen, wie wenig Interesse für die eigenen Einrichtungen in den Kreisen der Arbeiter vorhanden ist. Weiter berichtet Kollege Fromm über die Stellungnahme zur Verkürzung der Protraktion. Auf die Eingabe der Ortsverwaltung, die im Auftrag der Versammlung im Centraltheater an die Unternehmer gerichtet war, ist ein ablehnender Bescheid ergangen. Der wesentliche Inhalt der Antwort ist, daß in keinem Bezirk die Arbeitszeit so kurz sei wie gerade im Leipziger, in den meisten würde durchschnittlich 3 Stunden und in vielen noch bedeutend länger gearbeitet. Auch in bezug auf Lohn standen die Leipziger Betriebe mit an der Spitze. Eine am 4. Juli tagende Versammlung der Vertrauensleute hat einstimmig beschlossen, das Gewerbeamt als Einigungsinstant einzurufen. In der Aussprache machte Kollege Lieberts zunächst auf Aufmerksam, daß 99 v. H. aller in der Leipziger Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer bei Mitgliedern der Industriellenorganisation beschäftigt sind. Leider ist dieser Prozentsatz unter den Arbeitern im Verhältnis zu ihrer Organisation noch lange nicht erreicht, es bedarf noch gewaltiger Rüstungsarbeit aller Kollegen, um diesen Satz zu erreichen. Weiter ging er auf die Konferenz ein, die der Reichstagssabordnete Herrfeld in seiner Rede zum Etat schilderte. Ursprünglich hat es sich um eine Aussprache mit dem Generalkommando über Einberufungen von Arbeiterausschüssen gehandelt. Am Schlusse sprach sich der Vertreter des Generalkommandos dahin aus, daß sich die Unterwerben an der Verteilung der Broschüre „Zotsachen“ beteiligen sollten. Bernicke hat auf dieser Konferenz nach seiner eigenen Erklärung in Nr. 29 der Metallarbeiter-Zeitung folgendes ausgeführt: „Wir haben die Broschüre durchgelesen, können und wollen zu dem Inhalt nichts einwenden, weil wir uns nicht alszensurbehörde dem Generalkommando gegenüber betrachten.“ Es war die Wille der anwesenden Angestellten und des Vorstandsvorstellers, daß sie die Metallarbeiter, die bisher gescheitert haben, in Schlag nahmen und den Vorwurf, als seien sie „bezügliche Subjekte“ und „läufige Verräte“, mit aller Energie zurückwiesen und eine Verbreitung derartiger Bekleidungen entschieden ablehnten. Den Vertretern der organisierten Arbeiter liegt nicht nur ob, die materielle Lage derselben zu haben, sondern auch deren Ehre zu schützen. Er legt der Generalversammlung folgende Resolution vor: „Die versammelten Metallarbeiter Leipzigs haben mit Entrüstung davon Kenntnis genommen, daß es Angeteilte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fertig gebracht haben, am 4. Mai 1918 in Dortmund in einer Sitzung der Verbreitung einer Broschüre zuzustimmen, in der die Metallarbeiter, die wegen ungerechten Löhnen, wegen überlanger Arbeitszeit und wegen den äußerst traurigen Ernährungsverhältnissen zur Waffe des Streiks griffen, in den schamlosen Kriegsbeschimpft werden. Die Broschüre spricht davon, daß bezahlte Subjekte aus dem neutralen Ausland und läufige Verräte die Metallarbeiter aus dem eigenen Volk die Arbeit für Unruhen und Streiks gewinnen.“ Die unzähligen, im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Metallarbeiter, die für Streiks eingetreten sind, werden in der Broschüre als „bezügliche Subjekte“ und „läufige Verräte“ beschimpft. Nach dem Bericht der Metallarbeiter-Zeitung vom 29. Juni 1918 hat das Vorstandsvorstand Bernicke in jener Sitzung erklärt: „Wir haben die Broschüre durchgelesen, können und wollen zu dem Inhalt nichts einwenden, weil wir uns nicht alszensurbehörde dem Generalkommando gegenüber betrachten.“ Statt der Verbreitung der Beschimpfung mit aller Kraft entgegenzuwirken und den Verfassern der Schimpferei zu sagen, daß die Arbeiter aus sicherer wirtschaftlicher Not zum Streik kamen, erklärt das Vorstandsvorstand des Metallarbeiter-Verbandes, er könne und solle nichts gegen den Inhalt, also nichts gegen die „bezüglichen Subjekte“ und die „läufigen Verräte“ einwenden. Diese Erklärung des Vorstandsvorstandes ist ein Decret an den Interessen der Arbeiterschaft, für den die versammelten Metallarbeiter Leipzigs den bestätigten Verbandsausschüssen ihre Verachtung ausdrücken. Die Verbreitung solcher schmieriger Anwürfe gegen streikende Arbeiter durch Funktionäre der freien Gewerkschaften ist eine Tat, die von den ältesten Feinden der organisierten Arbeiter kaum noch übertraten werden kann. Von den folgenden Rednern ist Kollege Fromm der Meinung, daß Bernicke jede Verantwortung über den Inhalt der Broschüre abgekündigt habe. Auch Herzerl habe seine Ausführungen berichtigten müssen. Er sei deshalb gegen Annahme der Resolution. Kollege Künne ist bei der Mitteilung über die Konferenz entzückt gewesen. Die Darstellung Bernicke habe ihm aber die Sache schon in milderer Weise erscheinen lassen. Gegenwärtig sei ihm die Angelegenheit noch nicht genügend geläufig, deshalb bitte er, die Resolution abzulehnen. Wie anderen Redner sind für die Annahme Gegen drei Stimmen gelangte die Resolution zur Annahme. — Der Antrag der Revisorin, dem Kassierer Erlastung zu erteilen, wird einstimmig angenommen. Eine rege Aussprache löste der zweite Punkt der Tagesordnung, Wiedereintritt in das Gewerkschaftsamt, aus. Die Ortsverwaltung schlägt vor, vorläufig nicht einzutreten. Der Vorschlag wird gegen einige Stimmen angenommen. Anstelle des aus Gesundheitsgründen zurückgetretenen Mitgliedes der Ortsverwaltung Dr. Heinze wird Kollege Nietschke gewählt. Kollege Fromm begründet hierauf den Antrag der Ortsverwaltung, über die Erhöhung des Totalbeitrages um 10 Pf. eine Urabstimmung herbeizuführen. Die Totalfass ist während des Krieges trotz geringer Ausgaben ständig zurückgegangen, mit Rücksicht auf die kommenden Kämpfe mit dem Unternehmenszirkus haben die Verpflichtungen, die Kollekte so zu stärken, daß wir diese Räume auch durchführen können. In der Aussprache über diesen Antrag zuverlässen die Kollegen Reiß und Wendtorf die Befürchtung, der Vorstand könne allenfalls die Totalfass einmal mit Beifall lehnen. Letzterer sei gegen eine Erhöhung der Totalbeiträge. Nachdem Kollege Lieberts, sowie einige andere trotz dieser Befürchtungen die Räumlichkeit der Erhöhung nachweisen, wurde der Antrag gegen wenige Stimmen angenommen.

Kamerung der Sanitätsleitung. Nach einem Bericht der in Nr. 161 der Leipziger Freiheit über die Versammlung, die enthalten ist, hat Kollege Künne vorgeschlagen, keinen Verlust zu fassen, bevor den Kollegen Gelegenheit gegeben sei, die Frau Fischer zu lesen. Die wenigen von Lieberts, die zitierten Fälle könnten den Kollegen nicht genügen, sich ein Urteil zu bilden. Gummie hatte mit dieser Bemerkung vollkommen recht. Wie haben die Broschüre jetzt erscheinen gelernt und danach können wir sagen, daß sie weder im ganzen noch durch die Stellen, die Lieberts zu seiner Sichtung gemacht haben, gezeigt werden. Lieberts hat, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen, dem Vorstand der Broschüre Gewalt angetan. Sollte er sich mit diesem unserm Urteil nicht zufrieden geben, so können wir noch deutlicher werden.

## Rundschau

### Auch ein Übergangswirtschafts-

Ein der Rheinisch-Westfälischen Zeitung macht sich seit einiger Zeit ein Dr. Georg Biedenkapp bemerkbar. Vor einiger Zeit vertrat er die Ansicht, daß es nicht notwendig sei, der deutschen technikbilden Jugend ausländische Erfinder und Techniker (Watt, Stephenson und andere) als Vorbilder vorzuhalten. Das stimmt insofern, als es genug deutsche Vorbilder gibt und wir waren bisher der Meinung, daß Herr Dr. Biedenkapp recht nützlich wirken könnte, wenn er sich beschäftigte, der Jugend diese Vorbilder in zweckentsprechender Form vorzuführen. Die Meinung, daß er dazu auch wohl befähigt sei, ist bei uns jedoch neuerdings erschüttert worden durch merkwürdige Seitenansprüche des Herrn Dr. Biedenkapp. Er scheint jetzt darauf verzettelt zu sein, Technik und allgemeine Geschichte großströmiger zu vertreten. In Nr. 541 der Rheinisch

Gegenwärtig hat sich das Kriegsgeschäft nicht minder für die Oberschlesische Eisenindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb (Sik Gleim) erwidert. Vor dem Kriege ist die Gesellschaft jahrelang dividendenlos geblieben, nur selten wurde eine Dividendenauschüttung von  $1\frac{1}{2}$  oder 3 v. H. vorgenommen. Der Krieg brachte ein sprunghaftes Hinaufschreiten der Dividende für das Jahr 1915 bereits auf 6 und für das Jahr 1916 auf 10 v. H. und im verlorenen Geschäftsjahr auf 14 v. H. Die drei letzten Kriegsjahre brachten den Aktionären zusammen 30 v. H. Gewinnanteile ein. Die Werte waren — nach dem Geschäftsbericht für 1917 — auch im abgelaufenen Jahre in allen Betrieben „sehr stark beschäftigt“. Der Hochöfenbetrieb der Juliushütte (in Bobrek) mit fünf Ofen nahm im allgemeinen einen störungsfreien, ununterbrochenen Verlauf. Die Nachfrage nach Stahlrohren war unverändert stark. Im Stahlwerk Juliushütte wurde laufend sechs, im Martinwerk Baibronshütte (bei Katowitz) zwei Martinofens betrieben; der Bau eines weiteren Martinofens in Baibronshütte ist nahezu vollendet, sobald der Ofen demnächst in Betrieb kommen wird. Der anhaltend hohe Bedarf, in erster Linie für Kriegszwecke, erfordert weiter, „die höchste Anspannung aller Betriebe“. Die im Vorjahr eingetretene überaus starke Abschaltung der Betriebsanlagen nahm ihren Fortgang. Die Erzförderungsanlage in Bibiella ist am 22. Juni 1917 infolge sehr starker Wassereinbrüche eröffnet. Dadurch entstand ein Verlust von 545 314 M. Der Umsatz an Fertigfabrikaten (Drähtwaren, Stahl, Werkzeugen usw.) betrug im Berichtsjahr 118 664 786 M gegen 72 069 586 M im Vorjahr und 47 746 787 M im Jahre 1915. In diesen Zahlen spiegelt sich der glänzende Geschäftsgang des Kriegsjahrs bei lebhaften Preisen wieder. Die Gesellschaft beschäftigte auf ihren Werken im Berichtsjahr durchschnittlich 10 237 Arbeiter (im Vorjahr 9338 und 8411 im Jahre 1915). Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1917 hat einen Rohüberstand des Aktienkapitals in Höhe von 12 554 444 M ergeben (gegen 9 426 247 M im Vorjahr, 5 048 613 M im Jahre 1915 und 2 962 136 M im Jahre 1914). Vom Umlagen-Konto wurden 5 Millionen Mark abgeschrieben (gegen 4 Millionen Mark im Vorjahr und 3 Millionen Mark im Jahre 1915). Der Rendeingewinn beläuft sich auf 5 005 116 M (gegen 3 591 754 M im Vorjahr und 2 048 613 M im Jahre 1915). Der statutenmäßige Gewinnanteil für den Aufsichtsrat beträgt 188 297 M (gegen 112 021 M im Vorjahr). Auf neue Rechnung wurden 646 818 M (gegen 544 114 M im Jahre zuvor) vorgetragen. Die Gesellschaft arbeitet mit einem Aktienkapital von 28 Millionen Mark. Über die jetzige Geschäftslage der Aktiengesellschaft berichtet der Generaldirektor Zuderlandt in der am 10. Mai d. J. zu Gleiwitz abgehaltenen Generalversammlung, daß „der enorm starke Beschäftigungsgrad, den die Werte schon seit längerer Zeit haben, unverzehrt anhält“.

Die der Oberschlesischen Eisenindustrie-Gesellschaft nahestehende Eisenhütte Silesia, A.-G. in Parzowojew (bei Rybnik) hat bei einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark ihre Umsätze an verkauften Waren von 19 399 580 M im Vorjahr auf 30 192 638 M im Berichtsjahr erhöht (gegen 11,03 Millionen Mark im Jahre 1915). Die Gesellschaft hat also ihr Aktienkapital dreimal umgesetzt. Der Rendeingewinn des Gesamtunternehmens einschließlich Vortrag steigerte sich auf 4 150 295 M (gegen 3,49 Millionen Mark im Vorjahr, 1,38 Millionen Mark im Jahre 1915 und 683 700 M im Jahre 1914). Die Abschreibungen auf Anlage und Gerüte bewegen sich mit 1 341 574 M fast auf der Höhe des Vorjahrs (1 319 936 M). Als Rendeingewinn verblieben 2 808 720 M (gegen 2 244 454 M im Jahre zuvor und 285 200 M im Jahre 1915). Die Aktionäre freuen sich auf Dividende 21 v. H., 2 100 000 M ein (gegen 18 v. H. im Vorjahr und 7 v. H. im Jahre 1915), der Aufsichtsrat am satzungsgemäßter Vergütung 147 826 M. Die drei letzten Kriegsjahre brachten den Aktionären zusammen 46 v. H. Dividende ein. Was die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr betrifft, so liegt weiterhin „reiche Beschäftigung“ für alle Betriebsstätten vor, so daß sich die Umsätze in diesem Jahre kaum verringern dürften und ein günstiges Ergebnis zu erwarten sei. Laut der Berichtigung des Generaldirektors Binsler sei bei dem Übergang zur Friedenswirtschaft „ein Mangel an Rohmaterialien nicht zu befürchten“.

Dem Geschäftsbericht der Donnersmarthütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.-G. (Sik Hindenburg), ist zu entnehmen, daß die Gesellschaft durch den Bedarf der Beteiligung an der Salzgitter-Bergwerksgesellschaft nachhaltigen Nutzen gewonnen hat, aus dem die Aktionäre eine besondere Vergütung von 4 v. H. auf ihre Aktien erhalten, außer der Dividende von 18 v. H., wie in den beiden letzten Jahren. Sämtliche Betriebsanlagen hätten seit Ausbruch des Krieges unter Anfang an Nutzung und Betriebsmittel zu leiden, so daß nach dem Kriege große Summen für deren Wiederherstellung, Verbesserung und Erweiterung aufgewandt werden müßten. Der Rendeingewinn zugänglich Vortrag stellt sich auf 7 633 257 M (gegen 6 303 332 M im Vorjahr), die Abschreibungen mit 2,4 Millionen Mark belaufen sich auf der Höhe des Vorjahrs, der Rendeingewinn verblieben 5 333 258 M (gegen 3 996 937 M im Vorjahr, 3 750 678 M im Jahre 1915 und 2 123 615 M im Jahre 1914). Für die vierjährige Periode 1914 bis 1918 belaufen die Aktionäre zusammen 70 v. H. an Dividende, über zwei Drittel des Aktienkapitals von 15 138 000 M. Über die Geschäftslage berichtet in der Generalversammlung am 31. Mai der Generaldirektor Höglund, daß der Geschäftsgang im laufenden Jahre bis jetzt befriedigend sei, weitere Ausschüttungen über die Zukunft ließen sich augenscheinlich der bekannten Verhältnisse nicht machen.

Die Schlesische A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb in Silesia blieb ebenfalls auf ein sehr glänzendes Jahr zurück. Das Aktienkapital belief sich unverändert 21 279 600 M. Es wurde ein Rendeingewinn von 16 085 448 M erzielt (gegen 12,33 Millionen Mark im Vorjahr und 10,19 Millionen Mark im Jahre 1915). Der größte Teil des Gewinnes mit 10 725 576 M (gegen 10 973 859 M im Vorjahr und 8,33 Millionen Mark im Jahre 1915) drohte die Zulassung. Die Rohstoffabnahme ausgebauten Betriebsperiode der Schleifer-Werkeleitung wurden infolge der wesentlich gesunkenen Schleiferpreise für Rohstoffe erhöht. Die laufende Veränderung von Silesia als Export für andere Staaten hätte eine wesentlich reiche Nachfrage nach Rohstoffen zur Folge. Schließlich liegen die Bergbautechniken der Schleifer-Werkeleitung und Schleifer vom Standpunkt der Bergbau- und Hüttenbetrieb in Silesia sind wiederum auf dem Stande mit 4 Millionen Mark nicht besser. Ausgaben sind ganz ausgleichbar durch den Krieg und die häufige Unterbrechung in die technisch wichtigen bedingten Veränderungen 3 Millionen Mark aufzugehen worden. Der Rendeingewinn stellt sich auf 11 059 224 M (gegen 7 127 876 M im Vorjahr, 4,51 Millionen Mark im Jahre 1915 und 2,68 Millionen Mark im Jahre 1914). Die Aktien erzielten an Dividende 22 v. H. (gegen 12, 15 und 10 v. H. in den drei Vorjahren), der Aufsichtsrat an Lohnen 226 564 M. Die statutenmäßige Gewinnabteilung der Aktienmehrheit Silesia und auf 4 631 929 M angehoben (gegen 2 842 884 M im Vorjahr). Es sei im Zusammenhang darauf zu bemerken, daß eine der jüngsten Veränderungen an der Gesellschaft, die jetzt zwischen 689 500 M Aktienkapital auf-

nominell 121 500 M Prioritätsaktien auf Anordnung der Regierung liquidiert worden ist. Der Aufschlag erhält dabei das Höchstgebot der Dresdner Bank, das auf 345 v. H. lautete (Steuerkurs 290 v. H., 1913: 362 v. H.). Über die gegenwärtige Geschäftslage machte der Vorstand in der am 14. Mai abgehaltenen Generalversammlung folgende Mitteilungen:

„Die Betriebe der Gesellschaft konnten seither in ihrer Leistungsfähigkeit aufrecht erhalten werden, wenn auch die Schwierigkeiten in der Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte und Betriebsmaterialien bestehen blieben und sich mit der Dauer des Krieges verschärften. Die Herstellungslosen zeigen für alle Erzeugnisse des Bergwerks- und Hüttenbetriebes eine anhaltende Aufwärtsbewegung, die noch nicht abgeschlossen sein dürfte, da bei längerer Dauer des Krieges mit einer weiteren Steigerung der Preise für die Betriebsmaterialien und die Arbeitskräfte gerechnet werden muß. Die Preise für die Erzeugnisse der Gesellschaft konnten nur teilweise den höheren Selbstkosten angepaßt werden. Diese Anpassung bleibt namentlich nachzuholen hinsichtlich der Kohlenpreise und der Preise für Schmelzfäule... Da sämtliche Erzeugnisse der Gesellschaft weiter stark begehrt werden, dürfen dem Absatz, abgesehen von Seiten ungünstiger Eisenbahnhaltungen, keine Schwierigkeiten erwachsen. Über die zu gewährndigen Erträge lassen sich zurzeit nähere Angaben nicht machen.“

Die auch in den Mitteilungen der anderen oberschlesischen Montanaktiengesellschaften vorkommenden Klagen über angeblich zu niedrige Preise der Montanerzeugnisse, die den höheren Selbstkosten nicht genügend angepaßt seien, sind jedenfalls nicht allzugenau zu nehmen, die erzielten Gewinne wachsen ja trotzdem von Jahr zu Jahr gewaltig in die Höhe und gewähren den Aktionären immer glänzendere Gewinne.

Sieht man die Ergebnisse der besprochenen Aktiengesellschaften zusammen, so ergibt sich für das abgelaufene Geschäftsjahr 1917 folgendes glänzende Bild (in 1000 M):

	Röntgen	Abh.	Dividende v. H.
Stiftungskapital	überstübs. d. b.	b. d. b.	
Eisenbahnbedarf.	48 000	33 700	15 157 18 151 9 600 20
Eisenindustrie.	28 000	12 554	5 000 5 920 14
Silesia.	10 000	4 150	1 342 2 809 2 100 21
Donnersmarth-Hütte	15 138	7 653	2 400 5 933 5 330 22
Schlesische A.-G.	27 279	16 086	4 000 11 059 5 456 20
Zusammen	128 417	74 123	27 899 42 857 24 406
Jahr 1916.	128 417	51 683	21 149 27 206 19 435
1915.	128 417	36 181	15 909 17 548 13 997

Ein wahnsinnig über alle Maßen glänzendes Ergebnis im Kriegsjahr 1917 ist das oberschlesische Montanwerk, das um so mehr hervortritt, wenn man es mit den Ergebnissen der beiden Vorjahre vergleicht. Ein Hundertteilen des Aktienkapitals ausgedrückt, haben in den drei Jahren für die obigen Gesellschaften zusammen beträgen:

	1915	1916	1917
der Rohüberstand	28,2	48,0	57,7
die Abschreibungen	12,4	16,4	21,7
der Rendeingewinn	13,6	21,2	32,9
die Dividende	10,9	15,1	19,0

Für das Kapital stellt sich also der Krieg als ein ungemein eindrückliches Gesicht dar. Die Herren Aktionäre sind immer reichlich auf ihre Kosten gekommen, besser als die Arbeiter der oberschlesischen Montanwerke. Sie haben aber auch den Wert der Organisation besser erkannt als diese, was gut folgt hat, daß sie auch besser fahren. Die Aktionäre sind in der Lage, allen Betriebsbehörden die Stirn zu bieten und sie zu erzwingen, sie brauchen sich keinerlei Beschränkungen aufzuerlegen; dann der segenspendende Kriegsgeschäftslage haben sie sich in Hülle und Fülle zur Verfügung.

Wie ergibt es aber der oberschlesischen Montanarbeitergesellschaft? Ihre wirtschaftliche Lage wird mit jedem weiteren Kriegsjahr immer schwächer. Es ist nicht zu leugnen: die Löhne sind um ein Bedeutendes gestiegen. Ginner wieder sind im abgelaufenen Jahre die maßgebenden Vertreter der oberschlesischen Montanarbeiter, gekämpft auf ihre gewerkschaftliche Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, an die Versammlungen der Betriebe mit Lohnforderungen herangetreten und nicht ohne Erfolg. Die gejagerten Löhne sind aber trotzdem unzureichend, um die ungeheuer verteuerten Preise der Lebensmittel und aller Bedarfsgegenstände ausgleichen zu können. Wegen der Folgen des Krieges ergibt es ihnen nicht besser, sondern schwächer als vor dem Krieg. Einträchtig und extrafähig ist der Krieg eben nur für die Kapitalnehmer. Will die oberschlesische Montanarbeitergesellschaft nicht noch mehr betreiben, muss sie den Kriegsjahren auf wirtschaftlichem Gebiet durch Zusammenschluß ihrer Einzelkräfte in ihrer beständigen Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, noch nachhaltiger als im abgelaufenen Jahre Widerstand entgegensetzen.

Mitglieder der Oberschlesischen Montanarbeitergesellschaft! Seht die Lösung: alle Mann hinunter in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

organisiert hinaus ins Feld und kommen im Alter von 22 bis 24 Jahren ebenso wieder zurück. Zu alt geworden, einen anderen Beruf zu erlernen, werden sie versuchen, ihre alte Tugend in der Fabrik wieder einzunehmen. Der Kampf ums tägliche Brod wird dann erst recht bitter zum Ausdruck kommen. Junge ungesetzte und unorganisierte Metallarbeiter in Massen auf den Arbeitsmarkt geworfen, sind ein Spielball der Unternehmenswelt, bilde eine Gefahr für die älteren Fahrgäste der Hilfsarbeiter und Berufsgruppen der Metallarbeitergesellschaft, zugleich ein Hemmnis für die Organisation, beim Arbeitsvertrag regelnd und nutzbringend einzutreten.

Dies in die Kriegsindustrie hineingetriebene Jugend heut schon der Jugendklasse zuzuführen, sie über alle Fragen wirtschaftlicher und sonstiger Natur zu belehren, ist unsre heiligste Pflicht. Wollen wir ruhig zusehen, wie sich die arbeitende Jugend bürgerlichen Minimivehren, Wanderclubs und sonstigen Dingen zuwendet und uns dort entfremdet wird? Auch heut noch sind unsere Jugendlinge neugierig, mit 16 Jahren das Jugendwesen mitzumachen. In der Jugend steht nun einmal der Gang zur Freude, zur Lust am Spiel, zu Gesang und Wandern. Schlimm wäre es, wenn es nicht so wäre. Aber sollen wir diesen Kreis nicht benötigen, um sie auch zu erster Bildungsarbeit heranzuführen. Haben wir dazu dazu die Mittel, die Kräfte? Wissen wir nicht? In der Jugend ist der Kampf am aufnahmefähigsten. Unsere Ideale in diese Städte früh hineingeprägt, gehen ja leicht nicht wieder verloren. Für uns gilt es, unsre herausragenden Jugend zu Funktionären heranzubilden, die allen Aktivitäten gewachsen sind. Wir haben notwendig. Die Kämpfe der Gesellschaft werden recht und hart werden. Tun wir aber alle unsre Pflicht, dann braucht uns um die Zukunft nicht bangen sein.

Es ist freilich keine leichte Arbeit, die hier geleistet werden muß, besonders nicht in der Kriegszeit, aber sie muss möglich gemacht werden.

Der Feind, den wir am liebsten hassen,

Der Feind uns umlagert schwarz und dicht,

Das ist der Untergang der Nation,

Den nur des Geistes Schwert durchbricht.

Mit welcher Begeisterung haben wir wohl nicht alle schon in unser altes Kampfspiel miteingespielt! Und es trifft auch heute leider noch zu. Diese Massen nicht erst im späteren Alter heranzubringen, von denen die meisten die Beiträge zahlen und sonst alles laufen lassen wie es läuft, sondern in der Jugend, wenn der Geist, die Seele noch biegbar und schwiegbar ist, herangezogen und herangebildet zum tatkräftigen Massenverlusten Arbeiter. So soll es sein! Beschäftigen wir uns einmal in der nächsten Zeit damit, mit demselben Eifer, mit demselben Ehrgeiz und Lebensentfernung wie in der letzten Zeit mit anderen Dingen. Gehen wir in Schulen, Bildungsarbeit heranzubilden, die nicht für eine Idee verdammt ist, die nicht für eine Partei, sondern für den Sozialismus, für den Kulturbund zu führen ist? Wir fragen es so vor, als wenn Kutsch gleich immer eine Gönnehaut überläuft, wenn er etwas merkt von Arbeitserhebung oder sonst etwas ähnliches. Unser Vorstand möchte sich freuen, daß die Arbeiter keinen Leitnamen brauchen und endlich einmal aus sich heraus kommen. Nicht unser Vorstand, aber die Generalversammlung der Gewerkschaften, sondern die intelligente Arbeiterchaft hat die Organisation nur dafür zu sorgen haben, daß der Arbeiter nicht verhungert, resp. nicht wirtschaftlich verkommt. Ich war immer der Meinung, daß uns diese eine Brücke ist, welche uns zum gestellten Ziel verhelfen soll und meiner Ansicht nach muß. Bezug da noch das Wort sozialdemokratische Gewerkschaften, wenn das Ziel vom Sozialismus dem Kollegen Kutsch zu führen ist? Wir fragen es so vor, als wenn Kutsch gleich immer eine Gönnehaut überläuft, wenn er etwas merkt von Arbeitserhebung oder sonst etwas ähnliches. Unser Vorstand möchte sich freuen, daß die Arbeiter keinen Leitnamen brauchen und endlich einmal aus sich heraus kommen. Nicht unser Vorstand, aber die Generalversammlung der Gewerkschaften, sondern die intelligente Arbeiterchaft hat die Organisation nur dafür zu sorgen haben, daß der Arbeiter nicht verhungert, resp. nicht wirtschaftlich verkommt. Wir müssen die Mitglieder werben und dazu müssen wir gründlich tüchtig werden. Die Kollegen in den Fabriken und Werkstätten machen uns immer Vorwürfe bezüglich der Lektüre unserer Zeitschriften. Gern ist das oft nur Vorwand, um uns so zu entkräften, aber im Grunde genommen ist es doch leider Lektüre, daß die Politik so abgestimmt ist, daß sie uns in den Beharrungskampf versetzen muß, von dem Kutsch spricht, und gerade deshalb betrachten wir es als unsere Pflicht, dagegen ganz entschieden anzutreten. Oder glaubt Kutsch, die Arbeiter haben es verlogen, daß dieselbe Regierung, mit welcher Herr Legion und Komforten durch dt. und dünn gehen, strikt abgelehnt hat, mit Arbeitern zu verhandeln; für so oberflächlich und ehrlos würde Kutsch die Arbeiter wohl selbst nicht halten. Wenn die Arbeiter noch nicht zufriedig sind, in ihrer eigenen Organisation zu kritisieren, wozu kämpft man denn um Mitbestimmung im Staate? Dann ist es wirklich kein Wunder, wenn uns die herrschende Klasse Unmündigkeit vorschlägt bezüglich des Mitbestimmungsrechtes im Staate.

Es wird auch von einem Weltkrieg gesprochen, und dabei muß man sich die Frage aufräumen, wer ist von dem Krieg am meisten betroffen, die Organisation doch sicherlich nicht. Im Gegenteil, die besten Leute leiden unter diesem Krieg, ohne es sehen zu wollen, welche eindeutig, jeder andere ist und muß von ihrem Krieg am meisten betroffen sein. Bewiesen hat Kutsch den Krieg dadurch, weil er sich einbildet, durch realpolitische Raffiniertheit Vorteile erlangen zu haben, aber wo sind die angeblichen Vorteile? Ist das vielleicht der Belagerungszustand? Oder das versprochene Wahlrecht in Preußen? Nein, wir wollen ehrlich sein und offen bekennen, daß wir bis jetzt noch gar nichts errungen haben, und wenn in Zukunft auf realpolitische Art und durch allerhand schändliche Komplizen etwas erreicht werden sollte, so wird es nach geschichtlicher Erkenntnis auf der anderen Seite doppelt und dreifach verloren gehen. Es gibt eben für das Proletariat nur einen Kurs, und der muß geradeaus gehen, von allen Knüppelwaffen unabhängig. Nur so können die Massen für ihre beredtige Existenz im Staate interessiert werden. Solche Leute, welche das demokratische Prinzip in ihrer eigenen Organisation nicht halten, haben kein Recht, dasselbe für das Volk von den herrschenden Klassen zu verlangen. Denn das würde einen Widerspruch geben, wie es keinen zweiten gibt. Das wollen wir selbst zugeben, daß die Gewerkschaften leider nicht auf das eingerichtet sind, was wir als Sozialisten im Grunde erreichen wollen, aber wir müssen uns gern entschuldigen, daß wir uns eingeknickt haben, daß die von uns eingeknickten Gewerkschaften unser Organisationen dazu verhindern, um einen rechten Kurs zu steuern. Beweise dafür, daß dies geschiehen ist, brainge ich wohl nicht anzuführen. Z. B. der Beitritt in

## Unser Verband in der 206. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 206. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Über erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungsstellen: Spremberg, Gotha, Mühlhausen i. Thür., Schmalkalden, Heide und Wedel-Schulau.

### Übersicht über die Zeit vom 7. bis zum 13. Juli 1918.

Verwaltungsstelle	Mitglieder haben berichtet ja / nein	Mitglieder, die auf Anfang der Woche entlassen wurden	Davon, davon vor: abgang über Haupt	Mitglieder, die am Ende der Woche eingezogen	Davon, davon am Ende der Woche	Mitglieder, die am Schluss der Woche	Davon, davon arbeitslos	Gesamtbilanz	Übersicht über die Zeit vom 7. bis zum 13. Juli 1918.
1.	31	—	11599	19	166	60	11433	1	0,01
2.	32	—	15436	7	88	47	15348	13	0,08
3.	32	1	11416	5	112	31	11304	15	0,13
4.	50	—	51314	53	345	138	50969	58	0,11
5.	76	3	39828	60	626	468	39203	17	0,04
6.	40	2	41585	56	256	86	41279	81	0,20
7.	31	—	74227	47	642	203	73585	6	0,01
8.	29	—	29718	24	281	94	29482	2	0,01
9.	49	—	54568	72	635	172	53981	15	0,03
10.	37	—	36124	27	246	86	35878	16	0,04
11.	1	—	69915	61	168	69747	180	0,28	622
Zus.	411	6	435673	431	3564	1653	432109	404	0,08
									1456

Einschließlich der im Laufe der Woche Zugereisten, Neuauftaktenommenen und vom Heer Entlassenen.

In der Berichtswoche wurden (außer Berlin) 2972 neue Mitglieder aufgenommen. 1122 Mitglieder wurden mehr zum Heer eingezogen als entlassen.

11860 Mitglieder = 2,74 v. H. waren frank gemeldet, an die 6560 v. H. Unterstützung ausbezahlt wurden.

Seit Kriegsausbruch ist ein so hoher Krankenstand weder der Zahl nach, noch nach deren Verhältnis zur Mitgliederzahl jemals zu verzeichnen gewesen, während die Zahl der Arbeitslosen zwar nicht der Zahl nach, aber in ihrem Verhältnis zur Mitgliederzahl den niedrigsten Stand erreicht hat.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Fertümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 4. August der 32. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. August 1918 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatus folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragsverhöhung
	I	II	III	
Ball . . . . .	10	10	5	1. August.
Kassel . . . . .	20	15	15	36. Beitragswoche.
Weerane . . . . .	10	10	5	1. August.
Mülheim-Ruhr . . . . .	30	15	10	1.
Kohlwein . . . . .	10	10	—	40. Beitragswoche.
Striegan . . . . .	10	10	—	32.

Für die Mitglieder der Verwaltung Jeverlohn ein einmaliger Extrabeitrag von 50 g.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung kataraktischer Rechte zur Folge.

Bestellungen auf die Gewerkschaftliche Frauenzeitung sind nur an den Vorstand zu richten, nicht wie es vielfach geschieht, an die Expeditionen der Metallarbeiter-Zeitung.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

## Berichte

### Metallarbeiter.

**Dessau.** Die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle, die am 12. Juli im "Lobis" tagte, war so zahlreich besucht, daß sich der Versammlungsraum als zu klein erwies. Aus dem Geschäftsbericht, den Kollege Fischer erstattete, war zu entnehmen, daß die Entwicklung der Organisation im letzten Jahre ein günstiges gewesen ist. Die Mitgliederzahl wächst ständig. Das Wachstum des Verbandes kann aber noch bedeutend gefördert werden, wenn alle Mitglieder in kräftiger Weise für ihre Organisation wirken. Der Bestand der Totalfassade ist ein guter. Die Einberufungen zum Verteilstaffel helfen immer noch an. Im 2. Quartal 1918 sind nicht weniger als 164 Kollegen eingezogen worden. Eine Aussprache über den Geschäftsbericht wurde nicht besteht. — Dann hielt an Stelle des verhinderten Geschäftsführers Adolf Cohen (Berlin) der Kollege Fischer einen Vortrag über die Arbeitsverhältnisse in der hiesigen Metallindustrie. Fischer schied die Erregung, die in den Kreisen der Metallarbeiter darüber entstanden sei, daß die Dessauer Metallindustriellen ausgerednet jetzt den Zeitpunkt für geeignet hielten, die Arbeitslöhne abzubauen. Alle Befürden, vom Generalkommando bis zu den Kommunalverwaltungen, seien bemüht, die gute Stimmung in den Arbeiterkreisen hochzuhalten. Dagegen seien die hiesigen Unternehmer auf dem besten Wege, durch ihr schroffes unbegründetes Vorgehen in der Verteilfrage die Arbeiter zu verbittern. Engagieren der Arbeiterauschüsse würden einfach nicht beachtet. Die Metallarbeiter hätten allen Anlaß, sich gegen die offenen und verschleierte Lohnkürzungen zu wehren. Das Bestreben der Unternehmer, den ordentlichen Lohn herabzufordern und dafür eine sogenannte "Funktionszulage" zu genötigen, müsse unter allen Umständen bekämpft werden. Die sogenannte "Funktionszulage" würde über kurz oder lang wieder abgezogen und den Arbeitern verbrieft werden. Den besten Schutz gegen diese arbeiterfeindlichen Bestrebungen hätten die Metallarbeiter in ihrer Verursorganisation, die ständig bemüht sei, die selbstsüchtigen Maßnahmen der Unternehmer zu durchkreuzen und die Sache der Arbeiter in wichtiger Weise zu fördern. Deshalb sei es Pflicht eines jeden organisierten Metallarbeiters, ständig mit aller Kraft Mitglieder für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu werben. — In der Aussprache waren alle Redner mit den Ausführungen Fischers einverstanden. Sie erklärten sich bereit, kräftig für die Verursorganisation zu wirken. Dann wurden noch zwei Erzählungen für die Ortsverwaltung vorgetragen. Gewählt wurden die Kollegen Heinrich Wolter und Otto Büdöse.

**Leipzig.** In der Generalversammlung am 10. Juli gab Kollege Fromm den Bericht über die Tätigkeit der Ortsverwaltung im zweiten Quartal 1918. Es wurden 109 492 Marken gegen 102 206 im ersten Quartal abgezahlt, ein Mehr von 7286. Die Mitgliederbewegung zeigte folgendes Bild: Eingetreten sind 1187, vom Militär zurück 188, zugereist 117, zusammen 1492 Mitglieder. Ausgeschieden sind 624, zum Militär 645, abgereist 76 und gestorben 35, also ein Abgang von zusammen 1381 Mitgliedern, sodass eine Zunahme von

111 Mitgliedern im zweiten Quartaljahr zu verzeichnen ist. Ein Zeichen des Verfalls der Arbeiterschaft durch die lange Dauer des Krieges ist das gewaltige Abschwellen des Krankengeldes. Es wurden im zweiten Quartaljahr 15 758 M gegen 11 811 M im ersten Quartaljahr ausgezahlt; bei dem fortmährenden Steigen der Krankenzahl, wie sie Ende des Quartals sich zeigte, ist auch für die Zukunft noch mit einer viel stärkeren Zunahme dieser Ausgaben zu rechnen.

Für annähernd 2700 Arbeiter sind durch Verhandlungen Vorauslagen von durchschnittlich 11 ½ die Stunde, zusammen rund

15 000 M für die Woche erzielt worden. In einem Betrieb wurde die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 8½ Stunden mit Lohnausgleich erzielt. Auf eine im Frühjahr 1917 bei der Umschaumannschaft eingetretene Beschwerde gegen die Firma W. v. Pittler ist jetzt endlich verfügt worden, daß bei dieser Firma die Welle eines Arbeitsausschusses nach dem Hilfsdienstgesetz vorzunehmen ist. In einigen anderen Betrieben wurde gegen die Art und Weise Beschwerde geführt, in der dort für die Gründung von Werkvereinen und die bevorzugung von deren Mitgliedern agitiert wurde. Die Beschwerden wurden als berechtigt erkannt. Die Volksfürsorge erfuhr die Kollegen durch die Ortsverwaltung, etwas mehr Propaganda für die Volksfürsorge zu treiben. Bei der Fürsorge sind 100 000 Anträge eingegangen, während die Weltausstellung immer noch 240 000 Anträge zu verzeichnen hat. Ein Zeichen, wie wenig Interesse für die eigenen Einrichtungen in den Kreisen der Arbeiter vorhanden ist.

Weiter berichtete Kollege Fromm über die Stellungnahme zur Verkürzung der Brotration. Auf die Eingabe der Ortsverwaltung, die im Auftrag der Versammlung im Zentraltheater an die Unternehmer gerichtet war, ist ein ablehnender Bescheid erfolgt. Der wesentliche Inhalt der Antwort ist, daß in seinem Bezirk die Arbeitszeit so kurz sei wie gerade im Leipziger, in den meisten würde durchschnittlich 3 Stunden und in vielen noch bedeutend länger gearbeitet. Auch in bezug auf Lohn ständen die Leipziger Betriebe mit an der Spitze. Eine am 4. Juli tagende Versammlung der Vertrauensleute hat einstimmig beschlossen, das Gewerbeamt als Einigungsinstanz anzutreten. In der Aussprache machte Kollege Lieber auch zunächst darauf aufmerksam, daß 99 v. H. aller in der Leipziger Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bei Mitgliedern der Industriellenorganisation beschäftigt sind. Leider ist dieser Prozentsatz unter den Arbeitern im Verhältnis zu ihrer Organisation noch lange nicht erreicht, es bedarf noch gewaltiger Aufklärungsarbeit aller Kollegen, um diesen Sach zu erreichen. Weiter ging er auf die Konferenz ein, die der Reichstagssabgeordnete Herzfeld in seiner Rede eröffnete. Ursprünglich hat es sich um eine Aussprache mit dem Generalkommando über Einberufungen von Arbeiterschaftsmitgliedern gehandelt. Am Schlusse sprach sich der Vertreter des Generalkommandos dahin aus, daß sich die Anwesenden an der Verteilung der Broschüre "Tatsachen" beteiligen sollten. Bernice hat auf dieser Konferenz nach seiner eigenen Erklärung in Nr. 29 der Metallarbeiter-Zeitung folgendes ausgeführt: "Wir haben die Broschüre durchgesehen, können und wollen zu dem Inhalt nichts einwenden, weil wir uns nicht als Besitzbehörde dem Generalkommando gegenüber betrachten." Es war die Pflicht der Anwesenden Angestellten und des Vorstandsvorstellers, daß sie die Metallarbeiter, die bisher gestützt haben, in Schutz nahmen und den Vorwurf, als seien sie "bezahlte Subjekte" und "läufige Verräter", mit aller Energie zurückweisen und eine Verbreitung derartiger Verleumdungen entschieden ablehnen. Den Vertretern der organisierten Arbeiter liegt nicht nur ob, die materielle Lage derselben zu heben, sondern auch deren Ehre zu schützen. Er legt der Generalversammlung folgende Resolution vor: "Die versammelten Metallarbeiter Leipzigs haben mit Erfahrung davon Kenntnis genommen, daß es Ansteller des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fertig gebracht haben, am 4. Mai 1918 in Dortmund in einer Sitzung der Verbreitung einer Broschüre zuzustimmen, in der die Metallarbeiter, die wegen unzureichenden Löhnen, wegen überlanger Arbeitszeit und wegen den äußerst traumigen Entnahmeverhältnissen zur Waffe des Streiks griffen, in der schamlosen Weise beschimpft werden. Die Broschüre spricht davon, daß bezahlte Subjekte aus dem neutralen Ausland und läufige Verräter aus dem eigenen Volk die Arbeit für Unruhen und Streiks gewinnen." Die ungähnlichen, im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Metallarbeiter, die für Streiks eingetreten sind, werden in der Broschüre als "bezahlte Subjekte" und "läufige Verräter" beschimpft. Nach dem Bericht der Metallarbeiter-Zeitung vom 29. Juni 1918 hat das Vorstandsmitglied Bernice in jener Sitzung erklärt: "Wir haben die Broschüre durchgesehen, können und wollen zu dem Inhalt nichts einwenden, weil wir uns nicht als Besitzbehörde dem Generalkommando gegenüber betrachten." Statt der Verbreitung der Beschimpfung mit aller Kraft entgegenzuwirken und den Verfassern der Schimpfung entgegenzuwirken, hat der Vorstandsvorsteher Bernice die Aussprache abgelehnt. Auch Herzfeld habe seine Ausführungen bestreiten müssen. Er sei deshalb gegen Annahme der Resolution. Kollege Kummert ist bei der Mitteilung über die Konferenz entsetzt gewesen. Die Darstellung Bernices habe ihm aber die Sache schon in mildrem Lichte erscheinen lassen. Gegenwärtig sei ihm die Resolution abzulehnen. Als anderen Redner sind für die Annahme der Resolution und sind erneut über die ganze Angelegenheit Gegen drei Stimmen gelangt die Resolution zur Annahme. — Der Antrag der Redner, dem Kläfferung Einholung zu ertheilen, wird einstimmig angenommen. Eine rege Aussprache löste der zweite Punkt der Tagesordnung, Wiedereintritt in das Gewerkschaftsamt, aus. Die Ortsverwaltung schlägt vor, vorläufig nicht einzutreten. Der Vorschlag wird gegen einige Stimmen angenommen. Anstelle des aus Gründen der Rücksichtnahme zurücktretenden Mitgliedes der Ortsverwaltung Dr. Heinze wird Kollege Nielsch gewählt. Kollege Fromm begründet hierauf den Antrag der Ortsverwaltung, über die Erhöhung des Lokalbeitrages um 10 %. Eine Rechstimmung herbeizuführen. Die Lokalfasse ist während des Krieges trotz geringer Lissabonen ständig zurückgegangen, mir Rücksicht auf die kommenden Räume mit dem Unternehmer zu haben, wie die Verpflichtung, die Räume so zu räumen, daß wir diese Räume auch der deutschen Schule dienen können und darum beschimpft er sie denn auch als "Schulantenfeinde", die alles tun, um die deutsche Entwicklung niederzuhalten und die Erzieher in den Schülern zu erübrigen". Die schlimmsten Feinde der Arbeiter seien heute ihre "humanen" Führer.

Wenn Herr Dr. Biedenkapp in seinen wissenschaftlichen Leistungen die Wahrheit ebenso auf den Kopf stellt wie in diesen wenigen Zeilen, dann wird man sie nur mit Vorsicht genießen können.

## Rundschau

### Auch ein Übergangsverein.

In der Rheinisch-Westfälischen Zeitung macht sich seit einiger Zeit ein Dr. Georg Biedenkapp bemerkbar. Vor einiger Zeit vertrat er die Ansicht, daß es nicht notwendig sei, der deutschen technisch-schönen Jugend ausländische Erfinder und Techniker (Bart, Stephenson und andere) als Vorbilder vorzuhalten. Das stimmt infolge, als es genug deutsche Vorbilder gibt und wir waren bisher der Meinung, daß Herr Dr. Biedenkapp recht nützlich wirken könnte, wenn er sich befleißigte, der Jugend diese Vorbilder in zweckentsprechender Form vorzuführen. Die Meinung, daß er da-

zu auch wohl befähigt sei, ist bei uns jedoch neuerdings erschüttert worden durch merkwürdige Seitenansprüche des Herrn Biedenkapp. Er scheint jetzt darauf darauf zu sein, Technik und alldeutsche Geist in großräumiger Art vereinigen zu wollen. In Nr. 541 der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (dritte Ausgabe vom 8. Juli) schreibt er über Menschen erübrigung und Technik.

Er geht davon aus, daß nach dem Kriege für kein Volk die Technik so wichtig und so nötig sein wird, wie für das deutsche. Was uns an Vorsatz abgeht, müssten wir "durch Technik oder Schaffung künstlicher Menschen erscheinen". Das könnte aber nichts anderes sein als Maschinen und Mechanismen. Solche hätten wir aber bereits auf den verschiedensten Gebieten. Eben jetzt zeigt eine Erfindung im Bereichswesen, daß ein Mechanismus den künstlichen Menschen darstelle. Biedenkapp meint die Kunst.

Technik. Wenn wir es möglich ist, einen langen Schwerpunkt auf die Erfindung und die Bevölkerung abzulegen, so kann es möglich sein, einen langen Schwerpunkt auf die Bevölkerung abzulegen.

Herr Dr. Biedenkapp schlägt nun eine Weise vor, die es möglich ist, die Bevölkerung nicht in der gleichen Weise weitergehen kann. Er denkt sich die Weiterentwicklung so, daß die Erde schließlich nur von einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Bewohnern als ein einziger großer Garten" werde bewohnt werden, worin alles, was früher Menschen leisteten, durch Maschinen besorgt wird. Und nun kommt die Hauptfrage. Biedenkapp fragt: "Welcher Nationalität werden diese Erdenhaber sein? Werden die weißen Männer oder der gelbe der Erde aller Erfindertät

erstes 6. J. den Tag sei für Gäste (eine Stadt) ein ausländischer Ort. Die Verdienste bei der Firma seien durchaus genügend, der Standort werde auf keinen Fall erhöht werden. Falls nun jemand von den Arbeitern hierauf den Abstiegschein verlangen sollte, so könne er, der Vorsitzende, den Arbeitern jetzt gleich sagen: "Wenn Sie wegen Verkürzung des Abschaffens Beschwerde beim Schlichtungsausschuss einlegen und werden dann dort nach Ihrem jetzigen Verdienst befragt, und antworten, daß Sie 85 M. verdienten, daß Sie abgewiesen werden." Über eine Gegenüberstellung der Verdienste an den beiden nächstgelegenen Orten ging der Vorsitzende mit dem Beamer hinweg: "Die Verdienste vom Stahlkunst und Leopoldshall gehen uns gar nichts an."

So bedauerlich das Ergebnis der Verhandlung auch ist, umso mehr ist es zu bedauern, daß der Arbeiterausschuß diese Vereinbarung unterschrieben hat. Die Arbeiter dieses Betriebes sehen hier so recht, was sie während des Krieges in bezug auf Organisation versäumt haben. Am Anfang des Krieges wurden die Kollegen des Betriebes, die für rechtschaffene Aufrechterhaltung der Organisation und genügend Verdienst sorgten, gewungen, den Betrieb zu verlassen. Jetzt würde jedoch dort beschäftigte diese Kollegen gern noch im Betrieb stehen. Es kann den Kollegen daher nur dringend geraten werden, ihre Organisation, wie sie jetzt wieder besteht, zu erhalten und zu festigen, damit ihre Wünsche und Forderungen für die Zukunft nicht auch so abgelöst werden können, wie es im vorliegenden Falle geschehen ist.

## Vom Husland

Österreich.

Kohnbewegung der Wiener Rüstungsarbeiter. Die jüngste Kohnbewegung führte nach langwierigen Verhandlungen zwischen Regierung, Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften zu einer vorläufigen, vier Wochen geltenden Vereinbarung, die bis zum 20. Juli lief. Danach erhielten in Wien und Niederösterreich in solchen Betrieben, die zwar nicht unter dem Kriegsleistungsgesetz stehen, aber überwiegend für Heeresbedarf arbeiten, die Arbeiter mit einem Wochenlohn von mehr als 100 Kronen einen wöchentlichen Lohnzuschlag von 14 Kr. Arbeiter mit weniger als 100 Kr. Bruttogehalb 16 Kr., außerdem für jedes zu versorgende Familienmitglied 6 Kr. Für weibliche und jugendliche Arbeiter beträgt der Zuschlag 10 Kr. Innerhalb der vier Wochen sollte über die endgültige Regelung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhandelt werden. Zu diesem Zweck wurde ein besonderer Arbeitssatz eingesetzt mit dem Minister für soziale Fürsorge als Vorsitzendem. Dem Ausschuß gehören ferner je drei Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter an. Er soll ebenfalls die Arbeitszeit regeln.

Ungarn.

Streit in Budapest. Am 16. Juni legten die Gießereihilfsarbeiter der Maschinenfabrik der ungarischen Staatsbahnen die Arbeit nieder. Es waren nur 150 Mann. Dieser kleine Streit hatte äußerst schwere Folgen, über die damals die Tagespresse beeindruckende Nachrichten brachte. Wir wollten den Bericht des ungarischen Metallarbeiterblattes abwarten. Dieses (Nr. 21/22) brachte jedoch nur einen Bericht von den Verhandlungen des ungarischen Abgeordnetenhaus über den Streit. Ein eigenes Bericht durfte es wahrscheinlich nicht bringen. Der Abgeordnete Graf Sándor Károlyi brachte die Sache am 20. Juni zur Sprache. Danach wurde am 18. Juni eine militärische Kommission einzogen, um die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Der Versuch misslang. Am 20. wollten die Streikenden beim Major Székely um Erhöhung der Löhne nachfragen. Der Major wußte jedoch nichts Gesetztes zu tun, als die Streikenden sofort mit Gewalt auszumarschieren. Darauf versammelten sich die übrigen Arbeiter der Fabrik — etwa 5000 — im Hofe und traten ebenfalls in den Ausstand. Als der Major diese aufforderte, wieder an die Arbeit zu gehen, riefen sie ihm zu, daß innerhalb des Flußbergens nicht gearbeitet werden könne. Gleichzeitig wurden Verhandlungsräume für ihn laut. Ohne weiteres ließ der Major dann in die dichtgedrängten Massen hineinfestern. Dies hatte vier Tote, fünf Schwerverletzte und 12 leichtverletzte zur Folge. Abgeordneter Károlyi warf sodann die Frage auf, wie es möglich sei, daß die Gendarmerie gleich so vorgehen könnte. Er sagte: "Ich hätte es aber für nötig, daß diese Frage geklärt werde. Ich bin dahin informiert, daß Handelsminister Székely vor einiger Zeit im Vereine mit dem gemeinsamen Kriegsminister eine Vereinbarung erlossen hat, laut welcher mit den freien Arbeiter in Zukunft keine längeren Verhandlungen geführt werden dürfen und daß unverzüglich die energischsten militärischen Maßnahmen getroffen werden sollen." Unter den Arbeitern in den Betrieben der ungarischen Staatsbahnen sei die Stimmung sehr erregt. Eine militärische Beschwörung habe festgestellt, daß die Arbeiter in den staatlichen Betrieben 30 bis 35 v. H. weniger verdienen als die Arbeiter der Privatbetriebe. Die lokale Beschwörungskommission habe festgestellt, daß in den staatlichen Betrieben eine Verordnung des Handelsministers, laut der den Arbeitern gewisse Vergünstigungen eingeräumt werden sollen, nicht eingehalten werde. Die Arbeiter hätten sich mehrere Male an die Beschwörungskommission gewendet und um die Erhöhung der Löhne angefucht. Sie seien jedesmal abgewiesen worden. Als der Handelsminister den freien Arbeitern verboten habe, daß er die Beschwörungskommission einer Revision unterziehen werde, seien die Arbeiter wieder an die Arbeit gegangen. Die Revision sei jedoch nicht erfolgt und die Löhne seien nicht erhöht worden. Das sei die eigentliche Ursache der Streikbewegung.

Nach der Schließung auf die Arbeit treten auch die Arbeiter anderer Betriebe in den Ausstand und erheben folgende Forderungen: Teilnahme eines Delegierten an den Verhandlungen der Beschwörungskommission und Eröffnung der Gendarmerie an der Fabrik. Entfernung der schädlichen Betriebsleitung, die seit einer Reihe von Jahren den Handelsminister und die Regierung betrügt. Aussetzung der Politik des Handelsministers Székely, die die Arbeit in hoher Grade erschwert hat.

Auch die Beschwörung der Wahlrechtsverbesserung hat wesentlich zur Erhöhung der Arbeit geprägt. Székely forderte vor der Fortsetzung einer johlen Reise, daß den Freiheiten habe der Frieden Gewissheit. Da Seiten, wie der jetzige, möglicherweise Verlust habe der die eigene Erhöhung der Arbeit. So jähren Seiten möglicherweise mit ihrer menschlichen Würde und menschlicher Freiheit in Frieden.

Gegenüber der Beschwörung Székelys berief der Ministerpräsident Székely sich auf den Friedensbeamten, der im großen und ganzen das befürchtete, was Székely mitgetragen habe und war in seinem Angesicht, als die Arbeiter vor dem Schiedsgericht die Gendarmerie mit Gewalt gebrochen haben sollten. Die Gendarmerie hätte nur auf die Arbeit geachtet, die sie erwartete. Als die Arbeiter der Betriebsleitung Gewalt gegen die Schiedsgerichte hätten, hätten sie gleichfalls die Gewalt verhindern. Das Ziel von ihnen sei in das zentrale Interesse der Betriebsleitung eingegangen und habe die Erhöhung der zentralen Gewalt eingeleitet. Der Vorstand des Eisen- und Metallarbeiter-Bundes habe auf Anfrage der Polizei erklärt, er habe den Verhandlungsausschuß der Staatsbahnen gefragt, der Vorstand sei nach nicht unterschrieben. Es müßten das Ergebnis der Unterprüfung abwarten und bis dahin arbeiten. Damit, daß doch noch in weiteren Betrieben die Arbeit eingesetzt wurde, jährt die Polizei, daß der Betriebsvorstand seine Meinung geändert habe.

Auf Grund dieses Vertrags bestimmt Székely, daß hier keine zwingende Unterprüfung vorliege, sondern daß es nun eine gemeinsame Beurteilung darstelle. Es wurde dafür nicht die Wahl in vielen Städten und Landkreisen, berichtet Székely, wohl aber die Organisationen, die Auftraggeber, diejenigen, die seine Beschwörungen mittelbar fortsetzen. Es folgten dann die politischen Verhandlungen an die

Arbeiter für den Fall, daß diese die Arbeit ruhig wieder aufnehmen. Die Gendarmerie würde aus den Betrieben nicht entfernt werden. Auch könnten die Gewerkschaften keinen so entscheidenden Einfluß eingeräumt erhalten.

Der Bericht über die dann folgende Rede des Handelsministers Székely enthält insofern eine Unklarheit, als nach ihm der Minister in Abrede gestellt hat, daß es bei den Staatsbahnen und deren Betrieben überhaupt Beschwörungskommissionen gebe. Einige Tage weiter sagte der Minister aber trotzdem, daß die Arbeiter der unter militärischer Aufsicht stehenden Maschinenfabrik sich an die Beschwörungskommission gewandt hätten, von dieser jedoch abgewiesen worden seien. Solange die Beschwörungskommission den Arbeitern recht gegeben habe, seien die Arbeiter mit ihr zufrieden gewesen. Als sie aber eine ungünstige Entscheidung erhielten, seien sie in den Ausland getreten. Vor etwa sechs Wochen habe die Regierung 37 Millionen Kronen zur Verbesserung der Bezüge der Staatsbahner flüssig gemacht. Die gegen ihn von den Fachorganisationen und der sozialdemokratischen Partei gerichteten hartnäckigen Angriffe lämen daher, daß er vor den Vertretern der Fachorganisationen offen erklärt habe, er werde in jeder Arbeiterfrage, soferne es sich um die Privatindustrie handle, Entscheidungen befolgen, aber mit unerbittlicher Strenge vorgehen und, wenn es sein müsse, alle jene niedersetzen, die kost und Eisenbahn gefährden. Auf einen Zwischenfall wiederholte der Minister diesen Ausspruch nachdrücklich.

Der Streit dauerte an und richtete sich in seinem weiteren Verlauf gegen die Regierung wegen Nichterfüllung des Versprechens, das Wahlrecht zu verbessern. Am 27. Juni erließ der Arbeiterrat einen Aufruf, worin er die Arbeiterschaft aufforderte, so schnell wie möglich zur Arbeit zurückzuschreiten. Sämtliche Forderungen würden aufrechterhalten. Weil aber die Fortsetzung des Kampfes derzeit zwecklos sei, wurde dieser unterbrochen.

Nr. 23 des ungarischen Metallarbeiterblattes bringt einer, großen Zuschrift enthaltenden Leitaufsatz mit der Überschrift: "Vor und anderswo". Er verweist auf die Vertrauensleutekonferenz zu Duisburg (Nr. 27 der Metallarbeiter-Zeitung). Im Anschluß daran sagt unser unerträglicher Bruderblatt unter anderem:

"Wenn wir das vor Augen halten, da erfahren wir erst, in welch elend schlechter Lage wir uns befinden und wie zurückgeblieben wir sind. Bei uns muß oft die kleinste Sache mit der größten Kraft anstrengung durchgeführt und erzwungen werden. Unsere Unternehmer und unsere Behörden sehen, daß eine Bewegung nach der anderen kommt, daß sie Zusagen nicht zur Ruhe kommen, daß die sichere und würdige Grundlage der Produktion ins Wanzen gerät und sie müssen doch daran erkennen, daß die Ursache hier nicht bei den Arbeitern, sondern im System liegt... Bei austauschenden Differenzen läuft der Arbeitgeber zunächst auf Polizei und zum Stuhlflicker und verlangt das Eingreifen der Staat, zu diesem Zwecke bereitstehenden befehlidlichen Organe. So spült sich die kleinste Angelegenheit gleich von vornherein scharf zu und erschwert ihren sachgemäßen Verlauf und ihre Entwicklung. Ab und zu kam es in jüngster Zeit wohl vor, daß man nicht die Polizeigewalt antrief, wenn die Arbeiter ein Verlangen hätten und man konnte erahnen, daß es nun viel besser ging, so sehr die Gegenseite auch zugespielt waren. Die Organisation der Arbeiter hat sich dabei als viel besser als alle anderen Ordnungsbehörden erwiesen und die Ansehungen zur beiderseitigen Zugreihenheit zur Ruhe gebracht...

Aber leider, gelernt wird bei uns durchaus nicht. Die Arbeiterschaft muß bei uns erzieherisch auf die Behörden zu wirken verstehen, damit sie endlich begreift, daß die Arbeiterfrage keine Frage der Polizei bleiben kann. Eine große Aufgabe fürwahr, die wir uns stellen, aber wir müssen es schaffen..."

Franzreich.

Die Kriegstagung des französischen Metallarbeiterbundes. In der langen dangen Kriegsnacht haben wir oft und oft den besorgten Blick über den Haushalt geworfen, um Denken und Handeln unserer törichten Betriebskollegen zu erforschen. Das Wenige, was Zensur und Abstimmung erhöhen ließen, war mir zwar so entzückend gerade nicht, immerhin mochte ich die Zuverlässigkeit. Nur endlich werden diese spärlichen Bezeichnungen durch den in der zweiten Fußwoche zu Paris tagenden Betriebsrat — der erste im Kriege — nicht nur bestätigt, sondern auch noch sehr vermehrt. Seine Verhandlungen bezeugen, daß die organisierte Metallarbeiterchaft Frankreichs, im Gegensatz zu mancher Gewerkschaft des Auslandes, am Ende der proletarischen Pflicht unbekümmert weitergegangen ist und von der Sezessionsbewegung hat nicht beeinflusst lassen; daß sie in der vorherigen Reihe stand und steht, wenn es gilt und gilt, für den Frieden zu wenden oder die Internationale wieder aufzubauen. Weiter geben uns die Verhandlungen Bericht von dem Widerstand unserer Gewerkschaft gegen die von der Regierung verschickten Entnahmung des Arbeitsdienstes und von ihrer Abrechnung gegen die Arbeiterschaft aus Partei- und Gewerkschaftsveriegung. Die Anschluß an die Regierung geht auf. Der Metallarbeiter-Bund hat seine Mitgliedszahl bedeutend gezeigt. Kurz vor dem Kriege rund 10000 Mitglieder, am 1. Juli dieses Jahres rund 21200 Mitgliedschaften ausgeweitet worden. Der Zustand des Mitgliedsstandes entspricht in der Staatsbahn. Eine Summe von 12045 Franken, wie jetzt, bei der Hauptkasse noch nie gehabt. Die Organisation geht an die 200 Ortsgruppen, davon 173 Betriebe zum Verbandsstag einzogen. In den Auslanden sei dies bemerkbar, daß der auch in diesen Spalten gemeldete im Vorfeld (Dezember 1917) 150000 Leute wünsche, eine Lohnsteigerung beizubringen. Eine Lohnzusage, die von dem Kriegsminister ausgestellt worden war, wurde aber von dem Unternehmer abgewiesen. Über den großen Streit in Paris (Mai 1918) wurde an dem Verbandsstag noch höchstes Gegebe geäußert. Die Versprechen Elementars sind tot. Brüder sind gestiegen.

Die Eröffnung des Vorstandsbüros rückt sich zu einer herben Kritik der Kriegspolitik des Gewerkschaftsverbands (Centrale der französischen Gewerkschaften), besser, jener Rebellen aus. Obwohl der Betriebsverband diese Politik selbst ablehnt, mußte er durch eine eigenartige Verfehlung der Umstände für sie gegen verantworten. Als der deutsche Vorwärts harrt auf Kriegsverlust, mußte sich die Leitung des Bundes mit der Steuerung verabschieden. Zur die laufende Geschäftsführung des Bundes sprang der Betriebssekretär der Metallarbeiter, Martineau, ein, um der boschisch vertrieben zu tun und reich zu verantworten hätte, als ihm lieb sein möchte. Dem Betriebsvorstand wurde im besonderen verantwortet, er habe sich zu sehr mit dem Politikentente eingelassen, was von die anarchistische Richtung jenseits aufzudecken, die über auch des zentralen Fraktionen bei den Streiks im Vorfeld und in Paris sich die wilde, über Koch entstandene Streiks bewegen, von denen der Vorstand erst erfuhr, als sie längst im Gang waren. Zur Erwiderung auf die Fragen folgte Mercklein: "Bei Kriegsbeginn war es uns unmöglich, uns gegen die Mobilisation zu wenden. Die Sache des Kriegsmaterials hätte uns überwältigt. Das gilt so ziemlich auch für die deutschen Organisationen. Das vor allem zu befürchten ist, ist, daß sich Organisationen im Kriegspolitik der Regierung gejagt haben. Aber wenn ja, die einen zu weit nach rechts haben, schließen lassen, so hat eine sozialistische Demagogie die Konservativen zu weit nach links gezogen. Er, Mercklein, sei froh, wenn ich sagen zu können, daß er bei Kriegseröffnung über die den Gang der militärischen Dinge klar gewesen habe, während so viel der Willkür blieb gegeben haben. Er wollte nicht, wie das Haupt des Betriebsvorstandes, Jonchau, nach Vorwärts flüchten, sondern in Paris bei seiner Stütze anzuhalten. Nun mußte er für Foucault einsteigen. Da Foucault zuerst sich bald vor Rücken, auch seinen eigenen Verhandlungen, wie sich bei der Konferenz der neutralen Organisationen in Copenhagen zeigte. Der Betriebsvorstand weigerte es, die Gewerkschaft möglichst zu unterstützen. Warum? Weil man ja eben der Regierung verpflichtet hatte und weil man ja durch eine handfeste Waffe keinen ließ und in den neutralen Organisationen den politischen Krieg wußte. Dazu kam die Reise

von Foucault zu den streitenden Gasarbeitern in Mailand. Trotz des Widerstandes (von Mercklein) reiste Foucault erklärend, wenn der Bundesvorstand dazu einen Auftag nicht gebe, er seine persönliche Freiheit dafür in Anspruch neige. Diese Delegation hat nach meiner (Mercklein's) Ansicht den Zweck gehabt, die Friedensverhandlungen in den Krieg zu ziehen. — Dann sprach Mercklein in den Krieg zu ziehen. — Damals bestimmt die Friedensverhandlung die verschiedenen Konferenzen der neutralen Gewerkschaften während des Krieges. Der Londoner (Februar 1915) setzte er, gestützt auf eine Entscheidung des Metallarbeiter-Bundes, die Fortsetzung nach einer internationalen Zusammenkunft entgegen. Ebenso der zwölften Konferenz der Gewerkschaftsvereinigung zu Leed. Wenn diese Konferenzen den Zweck gehabt hätten, eine internationale Bewegung zu schaffen! Aber nein. Sie sollten die Arbeitserfordernisse für den Friedensvertrag festsetzen. Allein diese können nicht in einem Schriftstück, das die Diplomaten gemacht, bestimmt werden, sondern durch internationales Vorgehen des Proletariats. So ging ich nach Zimmerwald. Ich mußte es wohl tun, denn der Mehrheit des Bundesvorstandes war alles verdeckt, was vor Deutschland stand, selbst Liebenheit. Da sie nur einen Vertreter, und zwar Foucault senden wollte, gingen wir von der Minorität nach Zimmerwald, um darüber machen zu können, was getan wurde." — Mercklein schilderte nun die Zimmerwalder Konferenz, wie er die deutschen Vertreter und Lenin stand, mit dem er nicht übereins kommen konnte, weil dieser die Bildung einer neuen Internationalen verlangte. Er ging dann zur Darlegung des inneren Zustandes des Verbandes und auf die Ausstände in der Rüstungsindustrie über. — Die Befürchtungen der meisten Kritiker des Verbandsvorstandes, daß er den Boden der proletarischen Selbstständigkeit verlassen, jede Friedensmöglichkeit nicht kräftig unterstützen, der Regierungspolitik durch Entfernung Vorschub geleistet, das heile Gehirn der Metallarbeiter noch Wiedervereinigung der Internationalen nicht geziemend beherzigt habe, diese Befürchtungen hat Mercklein Rede als ganz unbegründet gesetzelt. Dies bestätigt übrigens auch die dann weitergeführte Aussprache, die mit der Annahme einer Entscheidung ihres Abschlusses endet. Von diesem Abschluß, der mit allen Stimmen bei 16 Entnahmungen angenommen wurde, seien nur die Stellen wiedergegeben, die sich auf Krieg und Frieden beziehen:

"Der Verbandstag heißt die Stellung des Verbandes seit Kriegsbeginn bedingungslos gut, auch den Widerstand, den er im Gewerkschaftsbund gemacht hat. Er entstammt sich bei dem Gedanken, daß von den verantwortlichen Regierungen Friedensmöglichkeiten außer Acht gelassen sein können. Er achtet für nötig, daß als Grundsätze für den Frieden zu gelten haben: keine Annexions, keine Eroberungen, keine Kriegserhöhung, und Selbstbestimmungsberecht der Völker. Um diesen Frieden zu verwirklichen, spricht sich der Verbandstag einmal mehr für die schlagende Russenrevolution aus. Falls die Russen wiederum verweigert werden sollten, glaubt er, daß dieses Mal der Gewerkschaftsbund allen seinen Einfluß, seine ganze Macht einsetzen soll, um nötigenfalls durch eine gemeinsame Kundgebung der Regierung den so lange ausgedrückten proletarischen Willen aufzuteilen. Der Verbandstag sieht der russischen Revolution in Russland sicherlich eine ebenso wichtige wie schwierige geworden. Diese schwärz und gelben Gewerkschaften zu organisieren, ist so einfach nicht. Außerdem greift die Behörde zu ihrem Gunsten insoweit ein, als sie, wie in Grenoble, von der Gewerkschaft fordert, die (200) Facharbeiter aus der Mittelarbeiterklasse zu steuern. Diese Frage ist für die Arbeiterschaft aller Länder von ungeheurer Wichtigkeit.

Der letzte Verhandlungstag war ausgfüllt mit der Erörterung des Zeitzlohn, der Stückarbeit, des Taylor-Systems und der Frage der ausländischen Arbeiter. Die letztere ist durch die Erfahrung von Schablonen und Chinesen in der Industrie sicherlich eine ebenso wichtige wie schwierige geworden. Diese schwarzen und gelben Gewerkschaften zu organisieren, ist so einfach nicht. Außerdem greift die Behörde zu ihrem Gunsten insoweit ein, als sie, wie in Grenoble, von der Gewerkschaft fordert, die (200) Facharbeiter aus der Mittelarbeiterklasse zu steuern. Diese Frage ist für die Arbeiterschaft aller Länder von ungeheurer Wichtigkeit.

Eine weitere Verhandlungstage erhebt er noch Einspruch gegen die Erhöhung der Fahrtkosten, sowie gegen die Handlungswweise des englischen Seemannsverbandes wegen seiner Beziehung, die englischen Vertreter zur Stockholmer Konferenz und Troelstra nach England zu befördern. Schließlich wurde der bisherige Vorstand wieder gewählt.

## Verbands-Anzeigen

Mitgliederversammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Samstag, 3. August:

Böblingen (Pommern). Schulz, halb 9.

Samstag, 10. August:

Amberg. Auf der Alm, halb 8 Uhr.

Samstag, 17. August:

Apolda. Vorwärts, halb 9 Uhr.

Sonntag, 18. August:

Dresden (Elektromonture). Gewerkschaftshaus, halb 11 Uhr.

Montag, 19. August:

Witten. Vorwärts, 12 Uhr.

Montag, 26. August:

Wuppertal (Königswinter). Gewerkschaftshaus, 12 Uhr.

Montag, 27. August: